2012/13-**01**

lvb:inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

- **Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 19. September 2012:**
  Restaurant Seegarten, Münchenstein, 19.30 Uhr

- **EDK-Anerkennung der Quereinsteigerausbildung:**
  Die Lehrerverbände setzen sich durch

- **Passepartout? Pas partout!**
  Finanzhaushalte bodigen die Bildungsharmonisierung

lvb

Editorial

lvb:inform
Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Erfolgsmeldungen und neue Hürden

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Himmel über der Guten Schule Baselland hat sich in den letzten Monaten verdunkelt. Einige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden bereits beschlossen oder stehen in absehbarer Zeit an. Beispiele sind die Pflichtstundenerhöhung für Fachlehrpersonen der Sek I und Sek II, die erhebliche Lockerung des Kündigungsschutzes oder die aktuellen Unsicherheiten rund um die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse.

Am Horizont ziehen darüber hinaus bereits neue, schwere Wolken auf, z.B. die wenig durchdachte Initiative der Liga der Baselbieter Steuerzahler. Diese will im Kern, allen längst bekannten Gegenargumenten zum Trotz, das bewährte Erfahrungsstufen-Lohnsystem zugunsten eines Leistungslohnmodells demontieren.

Dazwischen bricht zum Glück immer wieder die Sonne durch: Das positive Abstimmungsresultat zum Entlastungsrahmengesetz hat viele überrascht. Mit Genugtuung konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass das Stimmvolk im Baselbiet nicht bereit ist, bei den Schulen den Sparhebel anzusetzen.

Das freut uns ganz speziell für alle Betroffenen an der BVS2 und lässt Zuversicht für die im Herbst bevorstehenden Abstimmungen über die Bildungsinitiativen aufkommen.

Ein erfreulicher Lichtblick und ansprechender Verhandlungserfolg für den LVB ist die Beseitigung der Benachteiligung älterer Lehrpersonen im Berechnungsformular zum Berufsauftrag. Die im vergangenen Schuljahr durch die BKSD Knall auf Fall eingeführte Veränderung der Berechungsweise der Arbeitszeit hätte zu einer massiven Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und zu einer einschneidenden Übervorteilung dieser Angestelltengruppe geführt. Durch die sofortige Intervention des LVB und nachfolgende hartnäckige Verhandlungen konnte die unsinnige Regelung nun, rechtzeitig auf Beginn des neuen Schuljahres, rückgängig gemacht werden.

Solche Resultate sind nur möglich, wenn sich Betroffene zusammenschliessen und ihre Anliegen gemeinsam vertreten. Es lohnt sich, den LVB in seinen Aktivitäten zu unterstützen!

Nutzen Sie die Gelegenheit zum Schuljahresanfang und sprechen Sie Ihre noch nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen auf eine Mitgliedschaft in unserem Berufsverband an! Mit wachsender Mitgliederstärke vergrössern sich unsere Erfolgsaussichten zusätzlich. Auf dass am Baselbieter Schulhimmel wieder öfter die Sonne scheinen möge!

Mit den besten Wünschen für ein erfolgreiches Schuljahr

Ch. Straumann

Christoph Straumann,
Präsident LVB

P.S. Roger von Wartburg zeichnet in diesem Heft erstmals nicht nur für die textliche Bearbeitung und das Lektorat, sondern auch für Layout und Bilder verantwortlich. Ich wünsche ihm bei dieser neuen Herausforderung viel Spass und gutes Gelingen!

Inhalt

2 Editorial: Erfolgsmeldungen und neue Hürden
Von Christoph Straumann

3 Inhalt/Impressum

4 Einladung zur DV/MV vom 19. September 2012

6 Protokoll der DV/MV vom 21. März 2012
Von Gabriele Zückert

8 LVB-Jahresrechnung 2011/12, Budget 2012/13
und Bericht der Revisionsstelle

11 EAF-Berechnungsformular: Verhandlungserfolg für den LVB
Von Christoph Straumann

12 EDK-Anerkennung der Quereinsteigerausbildung:
Die Lehrerverbände setzen sich durch
Von Christoph Straumann

14 Über die Praxistauglichkeit der Lehrerinnen- und Lehrerbildung
an der PH FHNW
Von Michael Weiss

17 Orientierungspunkte Kindergarten: Jetzt geht es an die Umsetzung!
Von Gabriele Zückert

20 Passepartout? Pas partout!
Finanzhaushalte bodigen die Bildungsharmonisierung
Von Roger von Wartburg

22 Sokrates und die digitale Demenz
Von Roger von Wartburg

26 Perlenfischen
Von Roger von Wartburg

31 Strichwörtlich
Von Hanspeter Stucki

32 Berichte von Pensioniertenanlässen

34 LVB-Informationen

38 Das Schwarze Brett

39 Lavabo oder Waschbecken?
Ein Gastbeitrag der PH FHNW

42 Kuh am Waldrand
Von Michael Weiss

Impressum

lvb.inform 2012/13-01
Auflage 3500
Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber
Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4102 Binningen
Kantonalsektion des Dachverbands
Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
LCH
Website: www.lvb.ch

Redaktion
LVB Geschäftsleitung per Adresse
Christoph Straumann
Schulgasse 5, 4455 Zunzgen
Tel 061 973 97 07 Fax 061 973 97 08
christoph.straumann@lvb.ch

Abonnemente
Für Mitglieder des LVB ist das
Abonnement von lvb.inform im
Verbandsbeitrag enthalten.

Layout
Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Textumbruch und Bilder
Roger von Wartburg

Druck
Schaub Medien AG, 4450 Sissach

Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB

Mittwoch, den 19. September 2012

19.30 Uhr, Restaurant Seegarten, Münchenstein

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte
Stimmberechtigt sind die Delegierten. Diese erhalten eine separate Einladung per Post.

2. Protokoll DV/MV vom 21. März 2012
3. Jahresrechnung 2011/2012, Revisionsbericht
4. Budget 2012/2013
   Anträge:
   – regulärer Mitgliederbeitrag: unverändert belassen
   – Sonderbeitrag für Kampfkasse: Fr. 20.– pro Aktivmitglied für die Geschäftsjahre 2012/2013 und 2013/2014

Berufspolitische Geschäfte
Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

5. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB
   5.1 aktueller Stand der Bildungsharmonisierung
   5.2 Bildungsinitiativen
   5.3 Arbeitszeit und Kündigungsrecht
   5.4 Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK

6. «Sinnloser Wettbewerb im Bildungsbereich»
Referat von Prof. Dr. Mathias Binswanger

7. Verabschiedung einer Resolution

8. Diverses

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

Münchenstein, August 2012
Der Kantonalvorstand

«Sinnloser Wettbewerb im Bildungsbereich» Prof. Dr. Mathias Binswanger, Gastreferent an der LVB-DV/MV vom 19. September 2012

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Darüber hinaus hält er auch Vorlesungen an der Universität Basel und an der Qingdao Technological University in China. Im Jahr 2000 war er zusätzlich Gastprofessor an der Technischen Universität Freiberg in Deutschland.

Professor Binswanger publiziert sowohl in Fachzeitschriften als auch in der Presse. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Makroökonomie, Finanzmarkttheorie, Umweltökonomie sowie in der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Glück und Einkommen. Zu letztgenanntem Thema erschien im Jahre 2006 das Buch «Die Tretmühlen des Glücks», welches in der Schweiz zum veritablen Bestseller wurde und grosse mediale Aufmerksamkeit erntete.

Binswangers 2010 erschienenes Werk «Sinnlose Wettbewerbe – Warum wir immer mehr Unsinn produzieren» rechnet mit dem Unterfangen ab, überall dort, wo es keinen Markt gibt, künstliche Wettbewerbe zu inszenieren, um z.B. Bildung, Gesundheitswesen oder Wissenschaft auf vermeintliche Effizienz zu trimmen. Gemäss Binswanger führt dies nämlich keineswegs zu gesteigerter Qualität, sondern vielmehr dazu, dass viele Menschen freudlos und gestresst mit Akribie und Fleiss Dinge hervorbringen, die niemand braucht.

In seinem Referat anlässlich der kommenden LVB-Delegiertenversammlung wird Mathias Binswanger dezidiert auf jene Aspekte der Wettbewerbs-Thematik eingehen, welche den Bildungsbereich betreffen, so z.B. die Leistungslohn-Frage oder die Einführung standardisierter Leistungschecks für Schülerinnen und Schüler.

Lassen Sie sich diesen Anlass nicht entgehen!

Protokoll DV/MV 2.2011/2012 vom Mittwoch, 21. März 2012, 19.30–21.30 Uhr, Restaurant Seegarten, Münchenstein

Von Gabriele Zückert

LVB-Delegierte: total 106, anwesend 54
Vorsitz: Christoph Straumann

LVB-Mitglieder: ca. 150

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 21. September 2011
3. Wahlen in den Kantonalvorstand

Berufspolitische Geschäfte

4. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB
5. Hauptthema: Reform der beruflichen Vorsorge für das Personal des Kantons Basel-Landschaft
6. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler
Christoph Straumann eröffnet die Versammlung und zeigt sich erfreut über das grosse Interesse, das sich in einem voll besetzten Saal niederschlägt. Ob der LVB alle Erwartungen werde erfüllen können, sei in diesen schwierigen Zeiten ungewiss vorherzusagen, vor allem da immer neue Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen gestartet würden. Er fordert angemessene Arbeitsbedingungen und Fairness in der Personalführung, da nur unter diesen Voraussetzungen die Motivation erhalten bleibe. In Sorge um das ganze Bildungswesen werde sich der LVB weiterhin gegen unsinnige Initiativen und Gesetzesänderungen wehren.

Christoph Straumann begrüsst die zwei Referenten, Dr. Christoph Plüss, Pensionskassenexperte, und den CEO der BLPK, Herrn Hans Peter Simeon, ausserdem alle Ehrenmitglieder und die Pressevertreter. Entschuldigen lassen haben sich Regierungsrat Adrian Ballmer, die Vertretungen des LCH, Beat W. Zemp und Bruno Rupp, sowie einige Delegierte und Mitglieder. Als Stimmenzähler werden Heinz Reber und Theo Schwab einstimmig gewählt.

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 21. September 2011
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

3. Wahlen in den Kantonalvorstand
Didier Moine, Gymnasium Liestal, Präsident GBL:
Didier Moine wird einstimmig gewählt.

Berufspolitische Geschäfte

4. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB
Sparpaket und Bildungsinitiativen: Chr. Straumann macht einen Rückblick und stellt fest, dass der LVB in den Medien zu diesen Themen präsent war und ist. Er dankt allen Mitgliedern, die in der Mittenza und beim Protest vor dem Regierungsgebäude mit dabei gewesen sind. Das Sparpaket sei ein schwieriges und langwieriges Geschäft. Er hoffe nun darauf, dass der Landrat noch ein Einsehen habe hinsichtlich der Pflichtstundenerhöhung. Der LVB sei aber gewappnet, falls es negativ ausgehen würde.

Bei den Bildungsinitiativen setze sich der LVB mit Manpower und einem Betrag aus der Kampfkasse ein. Kompliziert sei es bei der Klassengrösseninitiative, da ein Gegenvorschlag des Regierungsrats existiert, der nun evaluiert werden müsse.

Bei den Arbeitsbedingungen müsse der LVB immer mehr kämpfen, da der Kündigungsschutz aufgeweicht werden solle und das neue MAG Tendenzen enthalte, die zu einem unerwünschten Rating führen könnten. Bei diversen Arbeitsgruppen müsse der LVB deshalb «Dampf» aufsetzen.

Vernehmlassung Stundentafel: BL und BS sind sich noch nicht in allen Punkten einig. Im Mai soll ein Reglement vorliegen, welches den Einsatz des Personals bei der Umsetzung 6/3 regelt.

5. Hauptthema: Reform der beruflichen Vorsorge für das Personal des Kantons Basel-Landschaft
Einführung ins Thema durch Christoph Straumann, Präsident LVB: Schon 2006 hat Christoph Straumann darauf hingewiesen, dass Handlungsbedarf besteht. Die Unterdeckung der BLPK, die neue Bundesgesetzgebung und Beschlüsse

des Landrats zur Prüfung eines Primatswechsels erzeugten zusätzlichen Handlungsdruck.

Die wichtigsten versicherungstechnischen Grundlagen der beruflichen Vorsorge und der aktuelle Anpassungsbedarf bei der BLPK: Dr. Christoph Plüss, Pensionskassenexperte, Allvisa AG, Zürich. Chr. Plüss hat leider nur schlechte Nachrichten, die der schlechten wirtschaftlichen Lage zuzuschreiben seien. In seinem Referat werde er versuchen, ein komplexes Thema verständlich darzustellen.

Er erläutert zunächst den technischen Zinssatz und die versicherungstechnischen Grundlagen. Fazit: Der technische Zinssatz müsse auf 3% gesenkt werden und es gebe einen Korrektur in Bezug auf die aktuellen technischen Grundlagen.

Als zweites erklärt er den Unterschied der verschiedenen Finanzierungsmodelle, eine Problematik, die sich aus der neuen Bundesgesetzgebung ergebe. Eine Teilkapitalisierung wäre mit höheren Risiken auch für die Versicherten verbunden. Für die BLPK schlägt er deswegen die Vollfinanzierung vor.

Im dritten Punkt geht Chr. Plüss auf den Primatswechsel ein. Es gebe in jedem Primat Vor- und Nachteile. Das Beitragsprimat rechne aber mit realistischeren Vorgaben und gehe besser auf veränderte Arbeitsmodelle ein. Aus Flexibilitätsgründen bevorzuge er den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat.

Der neue Vorsorgeplan: Hans Peter Simeon, Vorsitzender der Geschäftsleitung der BLPK. H.P. Simeon erläutert die Eckwerte: In der Vorlage werde das Beitragsprimat vorgesehen. Das bisherige Leistungsniveau solle bei 60% des versicherten Lohnes bleiben. Der Landrat könne neu nur die Finanzierung oder die Leistung bestimmen. Die Vorlage sieht die Definition der Finanzierung vor. Das Pensionierungsalter werde flexibilisiert (zwischen 58 und 70). Die Überbrückungsrente müsse neu vom Arbeitnehmer alleine finanziert werden. Für die Frühpensionierung gebe es keine Unterstützung des Arbeitgebers mehr. Attraktive neue Elemente seien die verbesserte Ehegatten-/Lebenspartnerrente sowie eine Einelternrente als zusätzlicher Schutz. Die Risikobeiträge würden dank gutem Schadensverlauf tief bleiben. Die Verwaltungskosten lägen weit unter dem Niveau anderer Pensionskassen. Jetzt müsse die Vorlage noch die politischen Hürden nehmen.

Würdigung des Gesamtpakets aus Sicht der Arbeitnehmerschaft: Christoph Straumann, Präsident LVB. Chr. Straumann merkt nochmals an, dass der Handlungsbedarf auch aus Arbeitnehmersicht nachgewiesen sei. Die gesetzlichen Bestimmungen müssten eingehalten werden. Nach guten Verhandlungen seien wichtige Forderungen erfüllt worden: ein unverändertes Leistungsniveau und ein modernisierter Plan.

Chr. Straumann betont aber, dass die Pensionierung teurer werde. Einige Verschlechterungen müsse man in Kauf nehmen, nicht aber, dass diese Verzichtsleistungen (Wegfall Überbrückungsrente etc.) nicht in die Neuberechnung einbezogen würden. Der LVB verlangt ein neues Arbeitgeber- / Arbeitnehmerbeitragsverhältnis von 55:45 statt, wie geplant, 50:50. Die 2. Forderung ist, dass Primar- und Musikschullehrer unbedingt im Vorsorgewerk des Kantons integriert werden sollen, obwohl die Gemeinden nach neuem Gesetz auch einen anderen Plan beschliessen könnten. Alles andere würde zu inakzeptablen Ungleichheiten führen. Drittens braucht es eine Übergangsregelung für vorzeitige Pensionierungen im neuen Plan. Zurzeit sei dies nicht geplant und erzeuge viel Unmut. Herr Plüss ist sich da mit dem LVB einig.

Fragen der LVB-Mitglieder: Aus der Versammlung werden Fragen zu den Verwaltungskosten, der Besitzstandwahrung, dem zu erwartenden Umwandlungssatz und der Übergangsregelung gestellt und beantwortet.

Diskussion und Abstimmung zu den Grundzügen der LVB-Vernehmlassungsantwort: Chr. Straumann stellt fest, dass aus der Versammlung keine neuen Themen erwachsen seien. Man dürfe ihm gerne neue Ideen auch nach der Versammlung noch zukommen lassen. Folgende Forderungen werden von der Versammlung einstimmig unterstützt:

- Die anteilsmässige Belastung der aktiv Versicherten an der Sanierung ist zu hoch und muss reduziert werden.
- Der Anschluss der Primar- und Musikschullehrpersonen an den Kantonsplan muss garantiert sein.
- Es braucht zwingend eine Übergangsregelung für die vorzeitige Pensionierung.

Chr. Straumann nimmt noch einen Ausblick auf weitere Schritte vor: Der LVB werde die Vernehmlassung auswerten. Der Beratungsbedarf bei den Mitgliedern sei erkannt. Er hoffe nun auf die Debatte im Landrat. Anfangs des nächsten Jahres sei die Volksabstimmung geplant. Chr. Straumann dankt den Referenten und G. Zückert überreicht ihnen ein kleines Präsent.

6. Diverses

Letzte Fragen hinsichtlich der BLPK werden gestellt und von Chr. Straumann beantwortet.

Chr. Straumann schliesst die Versammlung und lädt alle Anwesenden zum anschliessenden Apéro ein.

LVB-Jahresrechnung 2011/2012

Bilanz per 30.06.2012

	30.06.2012		30.06.2011	
AKTIVEN	Soll	Haben	Soll	Haben
VEREINSKASSE				
Kasse	3'490		1'740	
Post Verein	53'568		110'880	
Post «Sympathiebeiträge»	505		227	
Bank Verein	155'180		130'362	
IT-Anlage	9'459		6'931	
Aktive Rechnungsabgrenzung	10'081		22'900	
Total VEREINSKASSE	**232'283**		**273'040**	
JUBILARENKASSE				
Bank Jubilaren	14'270		10'164	
Aktive Rechnungsabgrenzung	4'117		4'090	
Total JUBILARENKASSE	**18'387**		**14'254**	
KAMPFKASSE				
Bank Kampf	85'624		106'750	
Kassenobligationen	0		0	
Aktive Rechnungsabgrenzung	454		8'221	
Vorfinanzierung FQS	0		0	
Total KAMPFKASSE	**86'078**		**114'971**	
RECHTSSCHUTZKASSE				
Bank Recht	152'201		181'172	
Obligationenfonds	118'248		109'673	
Festgeld	0		0	
Aktive Rechnungsabgrenzung	323		165	
Total RECHTSSCHUTZKASSE	**270'772**		**291'010**	
TOTAL AKTIVEN	**607'520**		**693'275**	

PASSIVEN				
VEREINSKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		166'124		178'275
Rückstellungen		0		25'000
Kapital am Anfang		69'765		68'536
Bilanzgewinn/-vortrag		-3'606		1'229
Total VEREINSKASSE		**232'283**		**273'040**
JUBILARENKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		0
Kapital am Anfang		14'254		10'176
Bilanzgewinn/-vortrag		4'133		4'078
Total JUBILARENKASSE		**18'387**		**14'254**
KAMPFKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		7'150		4'700
Kapital am Anfang		110'271		121'847
Bilanzgewinn/-vortrag		-31'343		-11'576
Total KAMPFKASSE		**86'078**		**114'971**
RECHTSSCHUTZKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		13'183
Kapital am Anfang		277'827		305'080
Bilanzgewinn/-vortrag		-7'055		-27'253
Total RECHTSSCHUTZKASSE		**270'772**		**291'010**
TOTAL PASSIVEN		**607'520**		**693'275**
	607'520	**607'520**	**693'275**	**693'275**

Erfolgsrechnung 01.07.2011 bis 30.06.2012

	Erfolgsrechnung Vorjahr		**Erfolgsrechnung 2011/2012**		**Budget 2011/2012**		Budget Folgejahr	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
VEREINSKASSE								
Erlös Mitgliederbeiträge		383'968		392'229		382'000		392'000
Erlös Diverses		64'062		74'847		63'000		70'000
Betriebsertrag	**448'030**		**467'076**		**445'000**		**462'000**	
Administrationsaufwand	11'452		15'629		11'000		12'000	
Aufwand für Drittleistungen	910		510		1'000		1'000	
Aufwand Veranstaltungen	17'736		21'758		18'000		20'000	
Aufwand Nebenkassen	8'000		0		0		0	
Aufwand Verbandszeitschrift	29'872		36'172		35'000		36'000	
Bruttoergebnis nach Kernprozessen	**380'060**		**393'007**		**380'000**		**393'000**	
Personalaufwand	343'438		355'485		350'000		350'000	
Übriger Personalaufwand	4'896		15'081		7'000		7'000	
Bruttoergebnis nach Personal	**31'726**		**22'441**		**23'000**		**36'000**	
Aufwand Sachversicherungen	533		533		500		500	
Informatikaufwand	18'202		13'333		10'000		10'000	
Werbung	4'338		5'277		5'000		5'000	
Aufwand Rechnungsrevision	1'614		1'606		1'600		3'500	
Betriebsergebnis	**7'039**		**1'692**		**5'900**		**17'000**	
Finanzerfolg		190		687		500		500
Betriebsergebnis nach Finanzerfolg	**7'229**		**2'379**		**6'400**		**17'500**	
Abschreibungen Informatik	3'677		3'892		4'000		4'000	
Betriebsergebnis nach Abschreibungen	**3'552**			**1'513**	**2'400**		**13'500**	
Ausserordentlicher Ertrag		0		0		0		0
Erfolg VEREIN vor Steuern	**3'552**			**1'513**	**2'400**		**13'500**	
Steueraufwand	2'323		2'093		2'000		2'000	
Erfolg VEREIN	**1'229**			**3'606**	**400**		**11'500**	
JUBILARENKASSE								
Erlös Beiträge		9'955		10'298		10'000		10'000
Aufwand Auszahlungen/Feier	5'869		6'193		7'000		7'000	
Finanzerfolg		-8		28		10		30
Erfolg JUBILARENKASSE	**4'078**		**4'133**		**3'010**		**3'030**	
KAMPFKASSE								
Erlös Beiträge		8'000		0		0		38'000
Veranstaltungen			3'643				5'000	
Unterstützung Kampagnen	10'719		20'810				20'000	
Beratung	4'700		7'151				3'000	
Diverser Aufwand	4'128				20'000		3'000	
Finanzerfolg		-29		259		400		300
Erfolg KAMPFKASSE		**11'576**		**31'345**		**19'600**	**7'300**	
RECHTSSCHUTZKASSE								
Erlös Beiträge		0		0		0		0
Personalaufwand	13'183		13'183		14'000		14'000	
Diverser Aufwand	3'065		2'773		20'000		20'000	
Finanzerfolg		-11'005		8'901		5'000		5'000
Erfolg RECHTSSCHUTZKASSE		**27'253**		**7'055**		**29'000**		**29'000**
	488'655	455'133	525'122	487'249	506'100	460'910	495'000	477'830
Erfolg Gesamtorganisation	**33'522**			**37'873**		**45'190**		**17'170**
	488'655	488'655	525'122	525'122	506'100	506'100	495'000	495'000

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2011/2012

CENTRA TREUHAND-GESELLSCHAFT AG

Bericht der Revisionsstelle zur
Jahresrechnung auf den 30. Juni 2012
an die Delegiertenversammlung des
Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland für das am 30. Juni 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vereinsvorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Verein vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Zum Sondervermögen „Kampfkasse" ist Folgendes zu bemerken:

> Gemäss Artikel 33.2 der Statuten muss das Vermögen am Ende des Betriebsjahres CHF 100'000.00 betragen. Per 30. Juni 2012 betrug der Vermögenssaldo noch CHF 78'928.00. Die kurzfristige Äufnung des Kapitals auf die statutarische Höhe ist anzustreben.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entsprechen.

CENTRA TREUHANDGESELLSCHAFT AG

Paul Hagmann, Revisionsexperte
Leitender Revision

4450 Sissach, 10. August 2012

EAF-Berechnungsformular: Verhandlungserfolg für den LVB!

Von Christoph Straumann

Die Benachteiligung älterer Lehrpersonen im Berechnungsformular zum Berufsauftrag wird aufgehoben. Das auf das neue Schuljahr zur Verfügung gestellte BKSD-Formular kehrt zur alten Regelung zurück und gönnt so den älteren Lehrpersonen die wohlverdienten zusätzlichen Ferientage wieder über einen vollumfänglichen Abzug im Bereich der übrigen Schulaufgaben.

Ein sozialpartnerschaftlicher Affront

Viele ältere Lehrpersonen trauten anfangs des vergangenen Schuljahres ihren Augen nicht, als sie das von der BKSD zur Anwendung vorgesehene Berechnungsformular zum Berufsauftrag ausfüllten: Ohne irgendeine Vorankündigung und ohne vorherige Konsultation der Sozialpartner war das Formular zum Nachteil der Ü50- und Ü60-Lehrpersonen abgeändert worden.

Im Sog der angeblichen Effizienzsteigerung

Die BKSD stellte sich auf den Standpunkt, dass sämtliche Ferientage von der Bruttojahresarbeitszeit zu subtrahieren seien und erst im Anschluss daran eine Aufteilung in die Anteile für den Unterricht und für die übrigen Aufgaben (15%-Bereich) stattzufinden habe.

Mit dieser Regelung hätten ältere Lehrpersonen auf einen Schlag eine gegenüber der bisherigen Lösung massiv erhöhte Arbeitsverpflichtung im Bereich der übrigen Schulaufgaben hinnehmen müssen. Die ihnen gemäss Personaldekret zustehenden zusätzlichen Ferientage (ab Alter 50 zwei Tage und ab Alter 60 fünf Tage) hätten sie sich über «schnelleres Vorbereiten» erst erarbeiten sollen.

LVB verschafft sich Gehör

Diese in einer «Nacht-und-Nebel-Aktion» eingeführte erhebliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen konnte der LVB nicht akzeptieren, verletzt sie doch durch die Festlegung, dass ältere Lehrpersonen weniger Zeit für den Unterricht und dessen Vor- und Nachbereitung zur Verfügung gehabt hätten, das Gleichbehandlungsprinzip massiv.

Der LVB konnte in mehreren Verhandlungsrunden mit dem Arbeitgeber aufzeigen, dass die Neuregelung ungerecht ist und im Widerspruch zu anderen, im Zusammenhang mit dem Sparpaket gemachten Äusserungen des Bildungsdirektors steht. Der Einsatz hat sich gelohnt. Für den LVB stellt die Rückkehr zur alten Berechnungsmethode einen erfreulichen Verhandlungserfolg dar.

EDK-Anerkennung der Quereinsteigerausbildung: Die Lehrerverbände setzen sich durch

Von Christoph Straumann

Die EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) hat an ihrer Plenarversammlung vom 21. Juni 2012 gemeinsame Regeln für den Quereinstieg in die Ausbildung zum Lehrberuf verabschiedet. Damit wird die gesamtschweizerische Anerkennung dieser Abschlüsse möglich. Dieser Entscheid entspricht einer Forderung, welche die Lehrerverbände seit der Einführung von Quereinsteigerausbildungen aufgestellt hatten.

Ein wichtiges Thema seit 2010
Bereits im Herbst 2010 hatte der LVB zusammen mit den anderen Lehrerverbänden des Bildungsraums Nordwestschweiz zu einer vielbeachteten Medienkonferenz zum Thema «Quereinsteigende» eingeladen. Die Verbände stellten schon damals klar, dass sie es grundsätzlich begrüssen, wenn sich erfahrene Berufsleute aus anderen Branchen zu Lehrerinnen und Lehrern ausbilden lassen. Die Schule könne von diesem breiten, ausserschulischen Erfahrungsschatz durchaus auch profitieren.

Die Art und Weise aber, wie im Bildungsraum Nordwestschweiz eine Kürzestausbildung für Quereinsteigende geplant und umgesetzt werden sollte, stiess auf Unverständnis und Widerstand.

Keine Schnellbleichen!
Auch heute noch wird von der PH FHNW (Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz) im Auftrag der Bildungsraumkantone eine Ausbildung angeboten, die mit ihrem Umfang von lediglich 60 ETCS-Punkten (bei einer Regelausbildung ist von 270 bis 300 ETCS-Punkten auszugehen) mit Fug und Recht als «Schnellbleiche» bezeichnet werden muss.

Die damit verbundene, nur kantonal anerkannte Unterrichtsbefähigung kann deshalb bestenfalls eine Übergangslösung darstellen, da sie weder das nötige Rüstzeug für eine nachhaltige Berufskarriere im Schulbereich bieten kann, noch – zumindest im Baselbiet – zur Einreihung in die regulären Lohnklassen des unterrichtenden Personals berechtigt.

Konsens zwischen Verbänden und Pädagogischer Hochschule
Immerhin stellte die PH FHNW schon bald klar, dass auch sie mittelfristig nur an einer Ausbildung für erfahrene Berufsleute interessiert sei, die zum gleichen Diplom führt, wie es auch von den Regelstudierenden erworben wird.

Diese Haltung und die durch die PH FHNW eingeführten, umfangreichen Berufseignungsabklärungen decken sich mit den Vorstellungen der Berufsverbände:

- Alle Lehrpersonen der gleichen Schulstufe haben ein gleichwertiges und EDK-anerkanntes Diplom zu erwerben.
- Unterrichten ist höchstens im Sinne eines Praktikums und sicher nicht bereits ab Beginn des Studiums möglich.
- Die Eignung für den Lehrberuf ist mit einem ausführlichen Assessment sorgfältig abzuklären.

Die wichtigsten Punkte des neuen Reglements
Kerninhalt der jetzt von der EDK verabschiedeten Änderung in den Ausbildungsreglementen der Primar- und Sek-I-Stufen bilden drei neue Punkte, welche die Anerkennung nicht formal erworbener Kompetenzen regeln:

1. admission sur dossier
Die Zulassung zur Ausbildung für Berufsleute mit einem Abschluss der Sekundarstufe II, aber ohne gymnasiale Maturität oder Äquivalent kann «sur dossier» erfolgen. Zum Aufnahmeverfahren werden aber nur Personen zugelassen, die mindestens 30 Jahre alt sind, eine mindestens dreijährige Ausbildung auf der Sekundarstufe II abgeschlossen haben und nach Abschluss der Ausbildung eine Berufstätigkeit von mindestens 300 Stellenprozent innert sieben Jahren nachweisen können. Es gilt dabei der Grundsatz, dass «sur dossier» einzig die Studierfähigkeit, nicht jedoch die Eignung zum Studium geprüft wird. Ein Assessment, wie es bei uns im Bildungsraum Nordwestschweiz bereits zur Anwendung kommt, wird dabei ausdrücklich als sinnvolles ergänzendes Auswahlkriterium erwähnt.

2. validation des acquis de l'expérience
Nicht formal oder informell erworbene Vorleistungen und Kompetenzen können differenziert, d.h. nach Prüfung gemäss einem schweizweit geregelten Verfahren, angerechnet werden. Damit kann sich die Ausbildungszeit um maximal ein Jahr (Studiengang Vorschule/Primar) oder maximal einen Viertel des Studienumfangs (Sek I) verkürzen.

3. formation par l'emploi
Teilzeitliche Lehrtätigkeit und Ausbildung können in einer praktikumsähnlichen Unterrichtssituation verbunden werden. Die Aufnahme einer Unterrichtstätigkeit ist erst nach dem Erwerb von 60 ETCS-Punkten, also frühestens im Anschluss an das erste Studienjahr, möglich. Im Unterschied zu einer herkömmlichen Teilzeitbeschäftigung neben einem Teilzeitstudium handelt es sich hier um ein Vollzeitstudium, in dem theoretische Ausbildungsteile im Rahmen der beruflichen Tätigkeit als Lehrperson vermittelt werden.

Diese Möglichkeit steht allen Studierenden offen, die als Quereinsteigende zum Studium zugelassen wurden. Die zusätzliche Anrechnung von nicht formal oder informell erworbenen Leistungen ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

Die Einschätzung des LVB
Diese Festlegungen entsprechen einem guteidgenössischen Kompromiss. Wesentliche Forderungen der Lehrerverbände wurden berücksichtigt. Massgeblich dazu beigetragen hat der LCH, welcher die Postulate der Nordwestschweizer Lehrerverbände erfolgreich in die entsprechende EDK-Arbeitsgruppe einbringen konnte.

Die für den LVB wichtigste Erkenntnis besteht darin, dass die heute bei uns angebotene Quereinsteigerausbildung nun definitiv vom Tisch sein dürfte. Auch wenn sich künftige Studierende aus anderen Berufsfeldern gewisse nicht formal erworbene Kompetenzen anrechnen lassen können oder nicht die üblichen, aber dennoch vergleichbare Einstiegshürden zu überwinden haben, muss ein überwiegender Teil der Regelausbildung, inklusive aller Prüfungen und Abschlussarbeiten, erfolgreich absolviert werden, bevor man das Diplom für den Lehrberuf entgegennehmen kann.

Befremdet ist der LVB einzig darüber, dass der richtige und von den Lehrerverbänden geforderte Grundsatz der Nichtkombinierbarkeit zweier Studienerleichterungen (informelle Kompetenzen und frühe Unterrichtstätigkeit) anscheinend nicht konsequent durchgezogen werden soll, sondern in den erläuternden Texten der EDK mit der Andeutung von Ausnahmebestimmungen bereits wieder verwässert wird. Dies ist aus LVB-Sicht unverständlich und falsch.

Die EDK hat mit dieser Revision eine Lösung gefunden, die den Regelstudiengang nicht mit einem Dumpingangebot konkurrenziert, aber dennoch für Personen, die mit Überzeugung in den Lehrberuf wechseln wollen, keine unüberwindbaren Hindernisse aufbaut.

Der LVB wird nun genau beobachten, wie die Pädagogischen Hochschulen auf die neuen Bestimmungen reagieren und wie sich die neuen Ausbildungsformen in der Praxis bewähren.

Über die Praxistauglichkeit der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der PH FHNW

Von Michael Weiss

Seit die Lehrerseminare durch Pädagogische Hochschulen abgelöst worden sind, stehen die angebliche Theorielastigkeit der neuen Ausbildung und die sich daraus ergebende Praxisuntauglichkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen im Kreuzfeuer der Kritik. Zu Unrecht, findet Prof. Dr. Hermann J. Forneck, Direktor der Pädagogischen Hochschule der Nordwestschweiz, und erläuterte dies in einem Referat an einer von der Aargauer Kantonalkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer organisierten Veranstaltung am 10. Mai 2012 in Aarau. Wo sich die Praxistauglichkeit noch verbessern liesse, wurde in einer anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Nick Stöckli, Präsident des Aargauer Lehrerinnen- und Lehrer-Verbands, erörtert.

Alles nur graue Theorie?
Seit ihrer Gründung vor 10 Jahren sehen sich die Pädagogischen Hochschulen der Schweiz der Kritik ausgesetzt, theoretisch bestens ausgebildete, auf die Praxis im Schulzimmer jedoch nicht oder mangelhaft vorbereitete Lehrkräfte hervorzubringen. Die Kritik spitzt sich teilweise bis zur Forderung nach der Aufhebung der Pädagogischen Hochschulen zugunsten einer «Lehrer-Lehre» zu. Woher kommt diese Kritik?

Eine Kritik, so alt wie die Lehrerausbildung selbst
Prof. Forneck hält in seinem Einführungsreferat fest, dass die Art der Kritik, der sich die Pädagogischen Hochschulen derzeit ausgesetzt sehen, keineswegs neu sei. Bereits die erste Einführung einer Lehrerausbildung durch die pädagogische Strömung der Herbartianer Mitte des 19. Jahrhunderts habe zu heftigen Protesten gegen die Theoretisierung und Praxisferne einer solchen Ausbildung geführt. An mutigen Antworten gegen diese reflexartigen Anwürfe fehle es bis heute. Im Widerstand gegen die Akademisierung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung vermutet Forneck die Angst vor der Autonomie der Wissenschaft, welche die Lehrerinnen und Lehrer der Kontrolle durch die Politik entziehen könnte.

Verändertes Verhältnis zwischen Politik und Bildungswissenschaft
Zu Zeiten der Lehrerseminare habe zwischen Lehrerbildung und Wissenschaft ein Widerspruch bestanden. Heute jedoch hätten die internationalen Wissensarchive über die Leistungsfähigkeit unserer Bildungssysteme das Verhältnis von Politik und Bildungswissenschaft grundlegend verändert, indem sich die Bildungspolitik in ihren Entscheiden an den Ergebnissen der Bildungsforschung orientiere. Die fehlende Anbindung an die wissenschaftliche Forschung habe die Lehrerseminare, die über Jahrzehnte hinweg Hervorragendes geleistet hätten, in eine Krise gebracht.

Nicht haltbare Klischees
Die Etikettierung der Pädagogischen Hochschulen mit Theorie einerseits und der Lehrerseminare mit der Praxis andererseits verkenne die Situation. Sowohl die Seminare als auch die Pädagogischen Hochschulen seien gleichermassen Theorie und Praxis verpflichtet. Dem streng empirisch orientierten erziehungswissenschaftlichen Diskurs, der die heutige Bildungsforschung kennzeichne, könne sich die Lehrerinnen- und Lehrerbildung nicht entziehen, und an ihm teilzuhaben, gelinge ihr nur, wenn sie selbst wissenschaftlich tätig sei. Fehlte den einheimischen Pädagogischen Hochschulen jedoch die Wissenschaftlichkeit, so würde auch die schweizerische Bildungspolitik nicht länger auf sie hören, sondern sich an Empfehlungen ausländischer Bildungsinstitute orientieren. Auf die äussere Tertiarisierung der Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz müsse daher nun deren innere Tertiarisierung folgen.

Tertiarisierung auch von innen
Was unter «innerer Tertiarisierung» zu verstehen ist, erläutert Prof. Forneck an mehreren Beispielen, beginnend mit einer Kostprobe aus dem Kindergarten: Ein Praktikant wirft einem Kind einen Ball zu. Er erwartet, dass das Kind den Ball zurückwirft. Das Kind behält jedoch den Ball für sich und verliert sich im Spiel mit ihm. Der Praktikant, so Prof. Forneck, werde von der Kindergärtnerin, in deren Klasse er sein Praktikum absolviert, lernen, dass er dem Kind mitteilen müsse, dass es den Ball zurückwerfen solle. Er werde jedoch ohne eine entsprechende theoretische Ausbildung nicht erfahren, dass es einen kindlichen Egozentrismus gibt, der in der

Fähigkeit des Kindes besteht, sich auf eine Sache zu konzentrieren, sich in ihr zu verlieren und sich dabei wohlzufühlen. Wer nicht wisse, dass dieser kindliche Egozentrismus erhalten und entwickelt werden müsse, habe kein angemessenes Verständnis seines Berufs. Jedoch erzielten diejenigen Bildungssysteme die besten Resultate, denen genau diese Entwicklung am besten gelinge.

Ein zweites Beispiel: Die PISA-Untersuchungen zeigten, dass Finnland im naturwissenschaftlichen Unterricht deutlich besser abschneidet als die Schweiz. PISA liefere jedoch keine Erklärung, warum dies so ist. Eine von der PH FHNW durchgeführte Videoanalyse von finnischen, schweizerischen und deutschen Physikstunden zeige nun, dass die finnischen Lehrerinnen und Lehrer am wenigsten, die deutschen dagegen am meisten Experimente machten. In Finnland werde jedoch jedes Experiment so sorgfältig analysiert und besprochen, dass bei den Lernenden Experimente als Schlüssel zum Verständnis erkannt und akzeptiert würden. Dagegen bestehe in Deutschland die Erklärung eines Experiments in der Regel aus dessen Mathematisierung, was von den meisten Schülerinnen und Schülern nicht nachvollzogen werden könne, so dass 95% von ihnen am Ende ihrer Schulzeit nicht einmal die fundamentalen physikalischen Gesetze kennen würden. Solche Untersuchungen flössen nun direkt wieder in die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ein, indem beispielsweise solche Videoaufnahmen analysiert und besprochen würden.

Schliesslich ein drittes Exempel: Es gebe in der Ausbildung der Primarlehrkräfte an der PHNW das Modul «Erzähltheorien und Erzählkonzepte» mit den Zielen, dass die Lernenden am Ende des Moduls ...

- in der Lage sind, vielfältige Lernangebote zum mündlichen und schriftlichen Erzählen in der Primarschule zu gestalten und attraktive (Unterrichts-)Projekte zur Förderung der Erzählkompetenz entwickeln, durchführen und auswerten zu können.
- grundlegende Erzähltheorien und Erzählkonzepte kennen und Erzähltraditionen kulturell und historisch einordnen können.
- mit dem Erwerb von produktiver und rezeptiver Erzählkompetenz vertraut sind und die sprachlichen Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern diagnostizieren können.
- ausserschulische Institutionen kennen, die sich mit der Förderung des Erzählens beschäftigen.

Teil des Moduls sei auch das Studium der relevanten wissenschaftlichen Literatur.

Auf dieses Modul folge jedoch ein zweites namens «Praxis des Erzählens». Es beschäftige sich mit dem Erzählen aus verschiedenen Perspektiven: Zum einen gelte es zu klären, was eine gute Geschichte ausmacht. Zum anderen gehe es aber ganz konkret auch darum, Kriterien zur wirkungsvollen Präsentation von Geschichten zu ermitteln und zu lernen, wie fesselnd erzählt oder vorgelesen werden kann. Dazu gehöre auch, den Schülerinnen und Schülern beizubringen, beim Erzählen zuzuhören. In all diesen Themenfeldern stehe neben der Aufarbeitung von Theorie die Entwicklung des eigenen Schreibens, Vorlesens, Erzählens und Zuhörens im Vordergrund.

Ein Bruch mit der Tradition der Lehrerinnen– und Lehrerbildung

Diese Beispiele, denen er noch hunderte weitere hinzufügen könne, dienen Prof. Forneck als Beleg dafür, dass die Tertiarisierung nichts mit Theoretisierung zu tun habe. Sie verkörpere jedoch durchaus einen Bruch mit der Historie der Lehrerbildung: weg von der Meisterlehre, in der ein Einzelner dem Lehrling sage, «wie man es macht»; hin zum Studium des international verfügbaren praktischen Professionswissens.

Zur Forderung, man dürfe die Praxisbezogenheit der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung nicht aufgeben, hielt Prof. Forneck fest, dass …

- die Praxisanteile der aktuellen Ausbildung sogar grösser seien als diejenigen an den früheren Seminarien.
- die Aussage, Praxis müsse durch Praxis erworben werden, eine Tautologie darstelle (erklärende Anmerkung der Redaktion: genauso gut könnte man z.B. fordern, dass Wasser durch Wärme erwärmt werden müsse).
- die Verlängerung von Praktika nicht zur Verbesserung der Leistungen der Studierenden führe.

Ursachenforschung durch Professor Forneck

Die Ausbildner der klassischen Lehrerseminare seien meist erprobte und als herausragend geltende Lehrkräfte gewesen, welche ihre persönlichen Erfahrungen, sprich ihr in der eigenen Praxis erworbenes Wissen, an zukünftige Lehrerinnen und Lehrer weitergegeben hätten. Jedoch löse diese Situation das Theorie-Praxis-Problem nicht, sondern sei im Gegenteil dessen eigentliche Ursache: In der Konstellation eines Praktikums, in der ein Praktikant oder eine Praktikantin, ein Lehrerbildner (Frauen waren in dieser Funktion selten) und eine Lehrkraft in der Schule zusammentreffen, werde die Lehrkraft, welche das Praktikum betreut, automatisch in die Rolle der «schlechteren» Praktikerin gedrängt, der mit dem Lehrerbildner ein «besserer» Praktiker gegenüberstehe. Auf diese Schlechterstellung reagiere die Lehrkraft dann häufig so, dass sie gegenüber dem Praktikanten respektive der Praktikantin die Ansichten des

Lehrerbildners zur praxisfernen Theorie erkläre. Dass 150 Jahre Lehrerbildung nicht gereicht hätten, um diese vom Vorwurf der Praxisuntauglichkeit zu befreien, sei auf diesen Mechanismus zurückzuführen.

Prof. Forneck selbst sei als Lehrerbildner selbst immer wieder in Versuchung geführt worden, in einem Praktikum «einmal selbst zu unterrichten». Dieser Versuchung habe er immer widerstanden, weil er die Rolle der Lehrerbildung an einem anderen Ort sehe: Diese vermittle allgemeine und auch nachgeprüfte Aussagen. Mit diesen könne man aber keinen Unterricht machen, wenn man kein Wissen über den konkreten Zustand der Klasse habe.

Die Fähigkeit, allgemeines Wissen auf konkrete Situationen adaptieren zu können, mache einen akademischen Beruf aus, und diese Schwierigkeit zeichne den Lehrerberuf besonders aus. Die PH FHNW versuche, die unproduktive und schädliche Beziehung zwischen den Lehrerbildnern und den Schulen dadurch zu überwinden, dass sie langfristige Partnerschaften mit Schulen knüpfe, an denen sie die Praktika ihrer Studentinnen und Studenten durchführe.

Die besonderen Schwierigkeiten am Berufsanfang

Nachdem Prof. Forneck die Thematik mit diesen Gedankengängen abgesteckt hatte, eröffnete Nick Stöckli die Podiumsdiskussion, an der neben Prof. Forneck eine Primarschulleiterin sowie eine Primarlehrerin, welche selbst ihre Ausbildung an der PH FHNW absolviert hatte, teilnahmen.

In dieser Diskussion wurde festgestellt, dass der Berufseinstieg für Lehrkräfte im Vergleich zu anderen Berufen unter anderem deswegen so schwierig sei, weil man von Anfang an mit sämtlichen Aufgaben, welche der Beruf mit sich bringt, konfrontiert sei, und nicht schrittweise eingeführt werden könne. Auch das berufsbegleitende Studiensemester am Ende der Ausbildung, das an der PH FHNW abgeschafft wurde, müsse wieder eingeführt werden. Dies sei, so Prof. Forneck, auf gutem Weg.

Auf viele der Herausforderungen, welche der Beruf mit sich bringe, könne die Ausbildung aber gar nicht perfekt vorbereiten, so etwa auf den Umgang mit disziplinarischen Problemen oder das Spannungsfeld zwischen dem eigenen Anspruch und dem im realen Schulalltag praktisch Erreichbaren. Umso wichtiger sei es, dass die PH FHNW den Studierenden bewusst mache, dass ihnen die Aufgabe, Erfahrungen zu machen und daraus zu lernen, nicht abgenommen werden könne.

Die Problematik des Bachelorabschlusses der Primarlehrkräfte

Wenn es Dinge gebe, auf die die PH FHNW zu wenig vorbereite, so sei es der Umgang mit dem gesamten Umfeld rund um das Kerngeschäft des Unterrichtens, welches man summarisch als die «Arbeit mit Erwachsenen» (Eltern, Teams etc.) bezeichnen könnte. Zwar biete die PH FHNW durchaus entsprechende Veranstaltungen an, jedoch müsse das Angebot, das weit über die im Studium geforderten Pflichtveranstaltungen hinausgehe, auch besser genutzt werden.

Gerade das Bachelorstudium auf der Primarstufe könne nicht alle Forderungen an die Ausbildung der Lehrkräfte erfüllen. Dass auch auf der Primarstufe ein Masterstudium angezeigt wäre, wurde von einer Schulleiterin aus dem Publikum bestätigt, welche heftig kritisierte, dass in der Ausbildung Fächer wie Sport (oder auch Musik; Anm. der Redaktion) abgewählt werden könnten, was die Planungsarbeit der Schulleitungen sehr erschwere.

Was müssen Lehrkräfte heute alles können?

Diskussionsleiter Nick Stöckli, seines Zeichens Mitglied der LCH-Geschäftsleitung, sah aufgrund des Verlaufs der Debatte die LCH-Forderung nach einer Masterausbildung für Primarlehrkräfte bestätigt. Tatsächlich wird im LCH die Thematik, wofür eine Lehrkraft ausgebildet werden muss und welche Teile dieser Ausbildung wann und in welchem Rahmen zu absolvieren sind, derzeit vertieft diskutiert.

Weniger in der Kritik steht unter Fachleuten allerdings die angebliche Theorielastigkeit der Lehrerausbildung (die Notwendigkeit eines berufsbegleitenden Teils am Ende der Ausbildung wird inzwischen auch wieder allgemein anerkannt), sondern deren Unvollständigkeit. Klar scheint, dass ein Bachelorstudium nicht mehr ausreicht, um alle Kompetenzen zu vermitteln, welche eine Lehrkraft auch (oder gerade) auf der Primarstufe braucht. Andererseits lässt sich selbst mit einem Masterstudium nicht alles abdecken, was wünschbar wäre.

Entsprechend dreht sich die Diskussion darum, welche Teile der Ausbildung zur unerlässlichen Grundausbildung gehören und welche Kompetenzen im Sinne einer Laufbahnentwicklung als Weiterbildung erworben werden können. Da mit dieser Thematik selbstredend auch Lohnfragen verknüpft sind, ist für den nötigen Zündstoff gesorgt, weshalb uns die Lehrerausbildung auch in Zukunft weiter intensiv beschäftigen wird.

Orientierungspunkte Kindergarten: Jetzt geht es an die Umsetzung!

Von Gabriele Zückert

Rund 120 Kindergärtnerinnen aus dem Bildungsraum Nordwestschweiz trafen sich am 30. Mai 2012 im Kongresszentrum Aarau zur Kick-Off-Veranstaltung zu den neuen Orientierungspunkten für den Kindergarten. Die Ziele der Veranstaltung umfassten eine Klärung der Beweggründe der Verantwortlichen, die inhaltliche Vorstellung der überarbeiteten Orientierungspunkte sowie die Organisation der bevorstehenden Erprobungsphase. Auch der LVB war vor Ort.

Was bisher geschah

Am 22. Juni 2011 war an einer Veranstaltung in Solothurn erstmals über die laufenden Arbeiten an den «Orientierungspunkten zu Sprache und Mathematik im Kindergarten» informiert worden (vgl. dazu den Artikel «Orientierungspunkte für den Kindergarten: Basisstufe durch die Hintertür?» im lvb.inform 2011/2012-1).

Damals konnte die Autorin des vorliegenden Artikels trotz Nachfragens während der Veranstaltung die genaue Zielsetzung der Autorenschaft nicht nachvollziehen. Schliesslich verfügt der Kanton Basellandschaft für die Kindergartenstufe bereits über einen vorzüglichen Lehrplan, der diese Orientierungspunkte inhaltlich zum grössten Teil abbildet.

Im bestehenden Baselbieter Lehrplan sind sie allerdings auch selektionsrelevant, was die «neuen» Orientierungspunkte gemäss Auskunft der Verantwortlichen explizit nicht sein sollen. Diese seltsam anmutende Konstellation machte die Schaffung «neuer» Orientierungspunkte aus LVB-Sicht überflüssig.

Ausserdem entstand damals der Eindruck, dass die Verantwortlichen inhaltlich wie methodisch stark in Richtung der altersdurchmischten Basisstufendidaktik zielten und die traditionelle Kindergartendidaktik vornehmlich ausblendeten. Im Rahmen der zweiten Veranstaltung vom 30. Mai 2012 nun konnten alte Unklarheiten bereinigt werden. Erfreulicherweise wurde im Rahmen dieses Anlasses auch ein klares Bekenntnis zur spezifischen Kindergartendidaktik abgegeben.

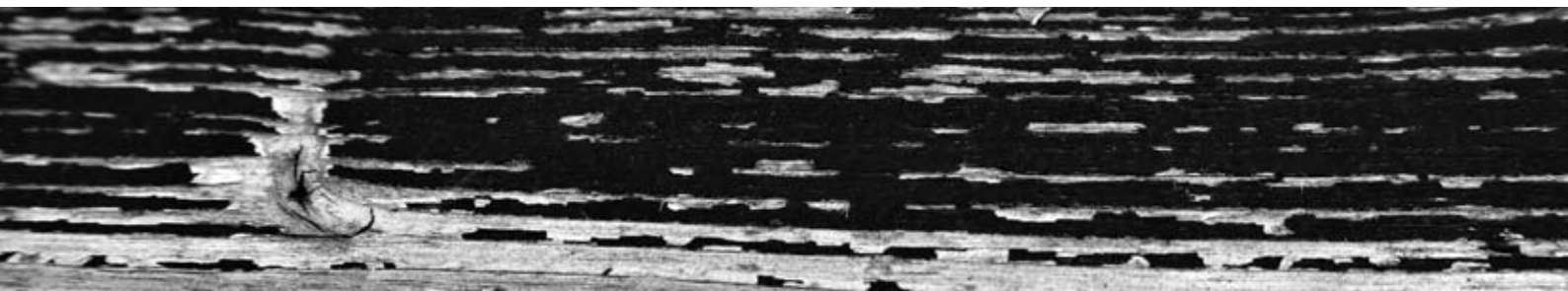
Das Schliessen einer Lücke des Lehrplans 21

Die Schaffung neuer Orientierungspunkte für den Kindergarten hat ihren Ursprung darin, dass im Lehrplan 21 beim Übertritt vom Kindergarten in die Primarschule (erster Zyklus) keine Mindeststandards definiert werden, wie sie in nachfolgenden Zyklen – zumindest in der bisher bekannten Version – existieren. Zur begrifflichen Klärung: Mindeststandards sind als verbindlich geltende Kompetenzen, die am Ende eines Zyklus von einem Kind erreicht werden müssen, damit es den Übertritt in den nachfolgenden Zyklus schafft. Orientierungspunkte hingegen beschreiben Kompetenzen, an denen zwar gearbeitet werden muss, die aber nicht zwingend vom Kind am Ende des Zyklus beherrscht werden müssen.

Da ein institutioneller Übergang zwischen Kindergarten und Primarstufe im Bildungsraum Nordwestschweiz auch in Zukunft bestehen bleibt, wollten die Autorinnen und Autoren mit ihren neuen Orientierungspunkten dieses «Lehrplan-21-Vakuum» zumindest teilweise füllen, zumal die Stufenlehrpläne der Nordwestschweizer Kantone teilweise sehr unterschiedlich ausgeformt sind. Also ergriff die PHNW vor zwei Jahren die Initiative, um diese neuen Orientierungspunkte auszuformulieren und fragte gleichzeitig die anderen Deutschschweizer Kantone um Mitarbeit an. Diese lehnten im Hinblick auf die baldige Veröffentlichung des Lehrplans 21 zunächst ab. Anscheinend gibt es mittlerweile aber doch Rückfragen aus mehreren Kantonen, die sich für die Arbeit der Nordwestschweizer Kantone interessieren.

Ein Ja zur Kindergartenstufe

An der Kick-Off-Veranstaltung bekannten sich die verantwortlichen Exponenten zur Kindergartenstufe und betonten, diese solle gestärkt aus der anstehenden Erprobungsphase der neuen Orientierungspunkte hervorgehen. Das zeige sich schon an der zwischen den beiden Veranstaltungen vorgenommenen Umbenennung der «Orientierungspunkte» in «Orientierungspunkte Kindergarten: sprachliche und mathematische Grunderfahrungen». Die neue Bezeichnung lehne sich somit zwar an die Fächerdidaktik der Primarschule an, belasse aber der



Kindergartendidaktik den Freiraum, den sie brauche.

Ein grosses Ziel sei es, das ganzheitliche Lernen der Kinder zu fördern, und dies könne durch die Orientierungspunkte unterstützt werden. Die Fachdidaktikerinnen hätten sich intensiv mit Spiel- und Lernumgebungen auseinandergesetzt und anhand derer die Orientierungspunkte entwickelt, die nun vorliegen. Nun sollen diese einer im ganzen Bildungsraum Nordwestschweiz stattfindenden Praxiserprobung unterzogen werden. Bis zum Ablauf dieser Erprobungsphase sollen die Orientierungspunkte für den Kindergarten auch mit dem bis dahin vollendeten Lehrplan 21 abgestimmt werden.

Die Erprobungsphase im Bildungsraum NWCH

Die neuen Orientierungspunkte sollen einem dreifachen Anspruch genügen:
1. Leitfaden zur Beobachtung kindlicher Entwicklungsprozesse
2. Anregung zur Unterrichtsgestaltung
3. Gesprächsgrundlage für Kindergarten- und Primarschul-Lehrpersonen beim Übertritt

Die Erprobungsphase im Bildungsraum Nordwestschweiz wird sich über zwei Jahre erstrecken. Dabei sollen insbesondere folgende Fragen geklärt werden:
1. Können die Orientierungspunkte allen gesteckten Ansprüchen genügen?
2. Welche Problemfelder können ausgemacht werden bei der Umsetzung?
3. Funktionieren die Orientierungspunkte auch bei Migrations- und Integrationsthematiken?

Im Weiteren sollen geeignete Spiel- und Lernumgebungen dokumentiert werden.

Quantitative Erprobung

An der quantitativen Erprobung werden über 100 Kindergarten-Lehrpersonen teilnehmen. Mittels dreier Befragungen und einer Moodle-Plattform werden Daten erhoben bzw. ausgetauscht werden. Die Moodle-Plattform ist eine von der PHNW betreute Internetplattform, auf der sich die teilnehmenden Lehrpersonen mit einem Passwort anmelden können. Sie bietet Raum für konkrete Fragen, Diskussionen via Chat und auch die Möglichkeit, entstandene Spiel- und Lernumgebungen, nach qualitativer Beurteilung durch die PHNW, auszutauschen.

Ein interessanter Aspekt ist, dass die Primarstufe, nachdem die ersten Kindergartenkinder in die Primarschule übergetreten sein werden, im Rahmen der dritten Befragung mit einbezogen werden soll. Diese Befragung wird im Oktober 2013 stattfinden, weil dann die Austauschgespräche zwischen Kindergarten- und Primar-Lehrpersonen bereits stattgefunden haben werden. Solche Austauschgespräche sind heute noch nicht überall institutionalisiert, sollen es nun aber flächendeckend werden.

Qualitative Erprobung

An der qualitativen Erprobung nehmen pro Kanton je drei Kindergärten teil, die nach verschiedenen Kriterien ausgewählt worden sind (Klassengrösse, Anteil fremdsprachige Kinder, ländlich oder urban, Anzahl Unterrichtsjahre der Lehrperson etc.). Durch die getroffene Auswahl versucht man, ein möglichst breites Spektrum abdecken zu können. Die Kindergärten werden mittels Hospitationen, Gesprächen und Analysen in die Erprobung einbezogen. Die Spiel- und Lernumgebungen werden mit verschiedenen Mitteln dokumentiert und ausgewertet werden (Foto, Video etc.).

Einige Aspekte aus den Gruppendiskussionen

Nach den Ausführungen der Referentinnen und Referenten trafen sich die teilnehmenden Kindergarten-Lehrpersonen in 6 Gruppen, in denen vorgegebene Fragen behandelt und diskutiert wurden. Dabei kamen unter anderem folgende Punkte zur Sprache:

- Grundsätzlich wird die vorliegende Fassung der Orientierungspunkte als verständlich eingestuft.
- Von der PHNW wünschen sich die Lehrpersonen Offenheit gegenüber Kritik, eine konkrete Kontaktperson für Fragen und die Möglichkeit für Hospitationen.
- Die Lehrpersonen versprechen sich von den Orientierungspunkten, dass damit in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die wertvolle Arbeit der Kindergartenstufe wächst und dass der Kindergarten im Lehrplan 21 nicht vollständig vergessen geht.
- Auch eine engere und bessere Zusammenarbeit mit der Primarstufe wird erhofft.
- Stark zum Ausdruck kam die Verschiedenheit der Strukturen in den vier Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz, z.B. ein oder zwei Jahr(e) Kindergarten, kein Austausch zwischen Kindergarten und Primarschule, unterschiedliche Träger etc.

Zündstoff Computer

Eine engagierte Diskussion entbrannte über den Orientierungspunkt «Medienkompetenz und Literacy», in dem auch die Benutzung des Computers («*Computer: Maus und Tastatur bedienen, einzelne Softwareanwendungen handhaben*») explizit erwähnt wird. Eine Lehrperson befürwortete den Einsatz von Computern im Kindergarten vehement: Damit könne man mit den Kindern beispielsweise ausgezeichnet Wortschatzübungen machen. Insbesondere dann, wenn ein Kind im DaZ-Unterricht motorisch unruhig werde, könne der Computer

sinnvoll eingesetzt werden und das Kind würde damit üben.

Diese Einschätzung wurde nicht von allen geteilt. Es wurde moniert, das Kind könnte diesen Vorgang so interpretieren: «Wenn ich mich nicht konzentriere, kann ich mich aus der Beziehung zur Kindergärtnerin zurückziehen und bekomme stattdessen eine Maschine vorgesetzt, die das macht, was ich will.» Lehrpersonen, die dem Einsatz von Computern im Kindergarten skeptisch gegenüberstehen, untermauerten ihre Haltung mit der Begründung, es sei von zentraler Bedeutung, mit Kindern im Kindergartenalter hinaus in die reale Welt zu gehen, sie mit allen Sinnen wahrnehmen und die Eindrücke benennen zu lassen. Dabei bleibe die Beziehung zwischen Kind und Lehrperson permanent bestehen und es sei dem Kind nicht möglich, durch sein unangepasstes Verhalten die Erwachsenen einfach «auszublenden».

Die Autorin dieses Artikels verhehlt nicht, dass auch sie der Ansicht ist, die Kinder bräuchten vor allem reale Dinge, reale Auseinandersetzungen, reale Erlebnisse und reale soziale Beziehungen. Und sicher keine Flachbildschirme, von denen sie zu Hause oft schon mehr als genug haben. Die Förderung der Beziehungs- und Konfliktfähigkeit gehört ins Zentrum der Anstrengungen. Kann eine Kompetenz mit realen Erfahrungen statt Computern genauso gut erreicht werden, gebührt ersteren mit Sicherheit der Vorrang.

Kommt da noch mehr?

Im Schlussplenum der Veranstaltung wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, ob es – über Sprache und Mathematik hinaus – eine Erweiterung der Orientierungspunkte auf andere Grunderfahrungen geben werde. Dies wurde von der Projektleitung zumindest nicht ausgeschlossen. Der LVB würde es begrüssen, auch die anderen Fähigkeiten und Fertigkeiten miteinzubeziehen, um ihnen auch offiziell den gebührenden Stellenwert beizumessen.

Chancen und Risiken

Der LVB sieht die Chancen der Praxiserprobung primär in der Vernetzung von über 100 hochmotivierten Kindergarten-Lehrpersonen aus verschiedenen Kantonen, die über den Austausch ihre Position als «Basisleger» für die Bildung der Kinder in der Schweiz stärken können. In Zukunft wird man von schon gemachten Erfahrungen profitieren und auf die Kompetenzen der PHNW-Mitarbeitenden zurückgreifen können. In Kantonen, in denen der Kindergarten noch nicht als erste Stufe der Volksschule gefestigt ist, können die Orientierungspunkte wesentlich dazu beitragen, die Zusammenarbeit mit der Primarschule zu institutionalisieren.

Die Risiken bestehen wohl hauptsächlich darin, dass die Orientierungspunkte schlussendlich in vielen Köpfen doch als fixe Mindeststandards verhaftet bleiben werden, welche die Kinder am Ende der Kindergartenzeit erreicht haben müssen. Darüber hinaus scheint, allen Bekenntnissen zur Kindergartenstufe zum Trotz, sehr viel Intellektualität in die Didaktik einzufliessen, was dazu führen kann, dass das Erleben und Spielen zu kurz kommt. Inhaltlich werden einige Orientierungspunkte sicherlich noch mancherorts zu Diskussionen Anlass geben, wie am oben genannten Beispiel des Computereinsatzes bereits gezeigt werden konnte.

Kindergarten-Lehrpersonen benötigen ein verlässliches Fundament

Darüber hinaus muss zwingend das Folgende beachtet werden: Solange die Kinder weiterhin einen institutionellen Übertritt in die Primarstufe bewältigen müssen, zählen Selektionsentscheide zu den Pflichten der Kindergarten-Lehrpersonen. Dafür müssen den Lehrpersonen klare Bezugs- und Argumentationspunkte zur Verfügung stehen, damit sie jedes Kind auf seinen optimalen Bildungsweg schicken können.

Diese Kompetenz darf den Lehrpersonen durch fehlende Mindeststandards im Lehrplan 21 auf keinen Fall abgesprochen werden. Doch ebendiese Funktion sollen die neuen Orientierungspunkte ja ausdrücklich nicht erfüllen. Hier besteht augenscheinlich zusätzlicher Handlungsbedarf.

Fazit und Ausblick

Die Kick-Off-Veranstaltung verschaffte organisatorische und inhaltliche Klärung. Welchen Stellenwert die «Orientierungspunkte Kindergarten: sprachliche und mathematische Grunderfahrungen» dereinst tatsächlich erfahren werden, wird sich frühestens in zwei Jahren sagen lassen, wenn die definitive Version des Lehrplans 21 vorliegen wird. Die Implementierung desselben obliegt den einzelnen Kantonen.

Je nach politischer und ökonomischer Lage – Stichwort «Spardruck» – kann dies womöglich zu äusserst unterschiedlichen Handhabungen führen. Das Spannungsfeld aus schulischen Neuerungen und fehlenden Ressourcen ist ja mittlerweile ein Evergreen in der schweizerischen Bildungslandschaft.

Die Orientierungspunkte zum Nachlesen im Internet:
http://www.bildungsraum-nw.ch/programm/volksschule/orientierungspunkte

Passepartout? Pas partout! Finanzhaushalte bodigen die Bildungsharmonisierung

Von Roger von Wartburg

Wie die Nachrichten und Vorgehensweisen einander doch gleichen: Geraten irgendwo die kantonalen Finanzen in Schieflage, hat am stärksten der Bildungsbereich zu bluten. Was im Baselland «Entlastungspaket» geheissen wird, trägt im Kanton Solothurn den Namen «Massnahmenpaket». Dieses umfasst einen eindrücklichen Katalog von 24 Sparaufträgen, welche die Regierung dem Bildungs- und Kulturdepartement (DBK) verordnen will. Was angesichts dieses Sparvorhabens auch sehr deutlich zum Vorschein kommt, ist der wahre Stellenwert der emporstilisierten Bildungsharmonisierung im politischen Alltag: Er existiert primär auf dem Papier.

Was interessiert uns unser Geschwätz von gestern?
Eben erst musste im Solothurnischen konsterniert zur Kenntnis genommen werden, dass die dortigen Schulkinder während ihrer obligatorischen Schulzeit deutlich weniger Schulstunden besuchen als die Kinder in den anderen Kantonen. Nun aber, angesichts düsterer Prognosen am Budgethorizont, werden munter Lektionen zusammengestrichen, als hätte es den beschriebenen Aufholbedarf nie gegeben.

Die üblichen Verdächtigen
Zu den stark betroffenen Opfern derartiger Abbauaktionen zählen erfahrungsgemäss die musischen und handwerklichen Bereiche. Dieses Klischee vermag der Kanton Solothurn in der Tat zu festigen: In der Primarschule soll das Fach Werken per Schuljahr 2013/14 halbiert (!) werden, der Musikunterricht wird in der gesamten Volksschule um eine Wochenlektion gekürzt und in der Sek P steht eine Reduktion des Bildnerischen Gestaltens um zwei Lektionen an. Wurde der Wert dieser Fächer nicht immer wieder in den verschiedensten Studien bestätigt? Welche Partei faselt in ihren Positionspapieren nicht irgendetwas von «ganzheitlicher Bildung»? Wenn die Finanzen klamm zu werden drohen, entpuppt sich all dies als reines Lippenbekenntnis.

Not kennt kein Gebot
Noch nicht lange ist es her, da forderte der Kanton – wahrscheinlich PISA-traumatisiert – von seinen Schulen eine stärkere Förderung der Kompetenzen in der Erstsprache. Und was, inhaltlich höchst kohärent, geschieht nun? Der Deutschunterricht soll um eine Lektion reduziert werden! Als Qualitätssteigerung im Zusammenhang mit dem neuen Übertrittsverfahren zwischen Primarschule und Sek I wurden die Teamteaching-Lektionen in den 6. Klassen bezeichnet. Nun sollen die diesbezüglichen Subventionen aufgehoben werden. Im Weiteren werden, wenig überraschend, Wahl- und Freifächer auf der Sek I zusammengestrichen. Wie war das nochmal von wegen grösserer Chancengerechtigkeit? Im Sonderschulbereich schliesslich soll ein Sechstel der bestehenden Internatsplätze inklusive der damit verbundenen 20 Stellen wegfallen.

Frühenglisch? Kann warten!
Bis zur Veröffentlichung des Massnahmenpakets war die Einführung des Englischunterrichts ab der 5. Klasse im Rahmen des interkantonalen Harmonisierungsprojekts «Passepartout» auf das Schuljahr 2013/14 terminiert. Doch auch damit soll nun zwei Jahre länger gewartet werden. Wobei einem zum heutigen Zeitpunkt natürlich niemand garantieren kann, dass es schlussendlich «nur» bei diesen zwei Jahren Verzögerung bleiben wird. Vielleicht wird die Finanzsituation 2015 ja noch prekärer sein als heute. Was dann?

Ausser Spesen nix gewesen?
Was bedeutet das für die Lehrpersonen? Als die Planungen für den Beginn mit Englisch ab der 5. Klasse anfingen, teilte man den betroffenen Lehrkräften mit, sie hätten per Schuljahr 2013/14 das Kompetenzniveau B2 in der englischen Sprache zu erreichen, um auch in Zukunft in einem Vollpensum unterrichten zu können. Andernfalls würde der Englisch-Unterricht in ihren Klassen von Fachlehrpersonen übernommen werden. Wie sie dieses Kompetenzniveau erreichen sollten, war aber ihr ganz persönliches Problem: Der Kanton stellte keinerlei Weiterbildungsangebote oder Ähnliches zur Verfügung.

So kam es, dass Lehrpersonen – notabene ohne jegliche finanzielle Unterstützung seitens des Arbeitgebers – mehrere Monate lang unbezahlten Urlaub nahmen, um in einem englisch-

sprachigen Land ihre Englisch-Kenntnisse auf den erforderlichen Stand zu bringen. Und nun? Werden sie ihre neu erlangten Kompetenzen überhaupt jemals professionell anwenden können? Keiner weiss es. Das einzig Definitive in dieser Angelegenheit sind die privat geleisteten Zahlungen für Flüge, Aufenthalte und Sprachkurse sowie der dazugehörige Lohnausfall.

Vergleich mit dem Baselbieter Sparpaket

Vergleicht man das Baselbieter Entlastungs- mit dem Solothurner Massnahmenpaket, fällt einem sofort ein gewichtiger Unterschied auf: Ennet dem Jura stellt die Einnahmenseite in der ganzen Spardebatte nämlich keine Tabuzone dar, und obwohl auch dort ein freisinniger Finanzdirektor am Ruder ist, plädiert dieser, neben der Forderung nach einer höheren Motorfahrzeugsteuer, unbeirrt für eine Steuererhöhung für natürliche Personen auf 108 Prozent. Und dies, obwohl das Parlament erst kürzlich eine Senkung der Steuern von 104 auf 100 Prozent beschlossen hat.

Eine Frage der Prioritäten

Abgesehen davon gibt es natürlich auch zahlreiche augenfällige Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Sparpaketen. Nimmt man die Massnahmen im Bildungsbereich noch einmal unter die Lupe, merkt man, dass in beiden Kantonen sehr wohl auf Kosten der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen gespart werden soll, währenddessen Bildungsverwaltung und Evaluationsmaschinerie als sakrosankt betrachtet werden. Nicht eine einzige Massnahme zielt in diese Richtung! Selbst wenn zum heftigsten Bildungs-Halali geblasen wird, herrscht also weiterhin ganzjährliche Schonzeit für die Bürokratie. Auch das ist eine klare Aussage darüber, wo die Politik die Prioritäten im Bildungssektor setzt.

Sokrates und die digitale Demenz

Von Roger von Wartburg

Wer es heute wagt, Leistungsvermögen oder Arbeitshaltung auch nur eines Teils seiner Schülerschaft in Frage zu stellen oder lediglich laut darüber nachzudenken, läuft bald einmal Gefahr, als notorischer Nörgler und Zivilisationspessimist abgestempelt zu werden. Allein schon das Äussern von Vorbehalten gegenüber der verbreiteten «Es-ist-doch-alles-in-Ordnung»-Mentalität wird zunehmend zum Tabu, selbst wenn die Faktenlage vermeintlich eindeutig zugunsten des Bedenkenträgers spricht. Zusätzlich nachdenklich stimmt einen, dass sich zahlreiche Lehrpersonen damit abgefunden zu haben scheinen und als Folge dessen ihre einst hochgehaltenen Mindestanforderungen immer öfter und immer schneller nach unten nivellieren. Der Versuch einer Analyse und Richtigstellung, unter anderem gestützt auf Professor Manfred Spitzers neues Buch «Digitale Demenz».

Wie sich unangenehme Debatten blitzschnell unterbinden lassen

Wird in den USA einmal mehr ein Anlauf zur Einführung der obligatorischen Krankenversicherung unternommen, braucht nur ein politischer Gegner laut «Kommunisten!» zu schreien, und das Vorhaben ist dem Untergang geweiht. Selbst ein halbes Jahrhundert nach der McCarthy-Ära funktioniert dieser Mechanismus noch, so beharrlich hält sich das Schreckgespenst des Kalten Krieges in Übersee.

In der Schweiz hat sich die aktuell wählerstärkste Partei in den letzten Jahren in eine Lage hineinmanövriert, dass es, ungeachtet der jeweiligen Thematik, schon reicht, ihren Namen zu erwähnen, um einen Diskurs kurzerhand abzuwürgen. Sollten Sie also in einem Streitgespräch in die Bredouille geraten, dann werfen Sie Ihrem Antipoden – ob zurecht oder nicht – SVP-Gedankengut vor! Reflexartig wird sich die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer auf Ihre Seite schlagen, und dies vollkommen unabhängig davon, was Sie selber argumentativ zu leisten im Stande sind.

Totschlagargumente und Killerphrasen

In der Kommunikationstheorie bezeichnet man derartige Äusserungen als «Totschlagargumente» oder «Killerphrasen». Darunter versteht man inhaltlich nahezu leere Argumente, von denen der Disputant annehmen kann, dass die meisten Zuhörenden entweder mit ihm in der Bewertung übereinstimmen oder keinen Widerspruch wagen, da dies in der öffentlichen Meinung auf Ablehnung stossen würde. Gleichzeitig dienen Totschlagargumente respektive Killerphrasen dazu, den Gesprächspartner herabzusetzen.

Ein paar Beispiele aus dem Politjargon gefällig? Voilà: «Das kann man doch überhaupt nicht miteinander vergleichen!» – «Was Sie vorschlagen, würde den Rahmen sprengen.» – «Kommen Sie mir mit Lösungen und nicht mit Problemen!» – «Jeder vernünftige Mensch weiss, dass …»

Bedauernswerter Sokrates

In schul- und bildungspolitischen Debatten muss ausgerechnet einer der grössten Denker der Antike regelmässig als argumentatives Feigenblatt herhalten: Sokrates. Sobald nämlich wahlweise die Rede auf als mangelhaft taxierte Lese-, Schreib- oder Rechenkünste der Schülerschaft oder gar auf deren Einsatzbereitschaft generell kommt, findet sich in Windeseile jemand, der zu bedenken gibt, dass doch schon der alte Sokrates die Verarmung der Bildung und die Verrohung der Sitten beklagt habe. Will heissen: Nur immer schön locker und optimistisch bleiben, das ist noch nie anders gewesen, in Wirklichkeit handelt es sich hier um kein real existierendes Problem. Und schon ist die Diskussion kaltgestellt, bevor sie überhaupt beginnen konnte.

Wenn schon zitieren, dann richtig!

Die auf Sokrates Verweisenden berufen sich in der Regel auf das folgende Zitat: «*Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.*» Nur: In keinem Werk Platons, welcher ja in seinen Schriften den intellektuellen Kosmos seines Lehrmeisters Sokrates der Nachwelt überliefert hat, findet sich diese angebliche Äusserung des Sokrates! Inhaltlich am nächsten kommen könnten ihr gewisse Passagen aus dem vierten Buch der «Politeia», doch selbst diese sind nur kraft einigermassen abenteuerlicher Interpretationsleistungen mit dem erwähnten Zitat in Einklang zu bringen. In Tat und Wahrheit vermag die Forschung den besagten Ausspruch erstmals in einem Buch der Amerikaner Patty und Johnson aus dem Jahre 1953 nachzuweisen. Man muss hier folglich von einem Totschlagargument ausgehen, das erst noch lausig recherchiert ist.

Lassen Sie sich nicht abspeisen!

Sollten Sie also zu jenem Schlag von Lehrpersonen gehören, die nicht dem

populären Irrglauben aufgesessen sind, wonach die Schülerschaft heute selbst nichts mehr zu wissen brauche, sondern nur noch wissen müsse, wo sie im Bedarfsfall das erforderliche Wissen finden könne, dann bleiben Sie in der Auseinandersetzung beharrlich und lassen Sie sich ja nicht mit einem gefälschten Sokrates-Zitat abspeisen! Falls Sie der Meinung sind, auch im 21. Jahrhundert zieme es sich durchaus für Jugendliche, die Unterschiede zwischen «gesandt» und «gesendet», dem Toten und dem Roten Meer sowie Kennedy und Kanada zu kennen und dass sie das Einmaleins noch immer ohne Taschenrechner zu beherrschen hätten, dann schleudern Sie Ihrem sokratisierenden Gegenüber unverzagt Ihr Wissen über seine Falschzitiererei entgegen!

Alles sofort, aber ohne Anstrengung, bitte!

Darüber hinaus können Sie gerne die folgenden wissenschaftlichen Anregungen in Ihre Ausführungen einfliessen lassen: Eine jüngst veröffentliche Studie des Meinungsforschungsinstituts Demoscope, an der 24'000 Personen aus der Schweiz teilgenommen haben, förderte Beunruhigendes zu Tage: Die Generation U-30 scheint nämlich materialistischer, ja sogar gieriger zu sein als alle anderen Generationen, gleichzeitig aber zeigt sie sich nicht willens, dafür auch viel zu leisten. Dem steht nämlich das im Vergleich zu allen anderen Generationen überbordende Bedürfnis nach Vergnügen, Lust und Genuss im Wege. Kurzum: Teenager und junge Erwachsene wollen reich sein und fraglos die neusten IT-Geräte und tolle Autos besitzen, dafür auf etwas zu verzichten oder etwas zu verpassen scheint ihnen aber unangebracht. Und: Wer schlecht ausgebildet ist, neigt noch stärker zu Materialismus und Hedonismus.

Digitale Demenz: ein neues Phänomen

Wenig Erbauliches weiss auch der renommierte Hirnforscher Prof. Dr. med. Dr. phil. Manfred Spitzer in seinem jüngst erschienenen Buch «Digitale Demenz» zu berichten. Ausgangs-

punkt seiner Szenarien sind die bei jungen Erwachsenen im hochmodernen Südkorea immer häufiger auftretenden Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen, gepaart mit emotionaler Verflachung und allgemeiner Abstumpfung, die vor fünf Jahren erstmals von dortigen Ärzten registriert wurden. Als Ursache diagnostiziert wurde die intensive Nutzung von Computer, TV und Handy. Die südkoreanischen Mediziner verpassten diesem neuen Krankheitsbild den Namen «digitale Demenz».

Wie unser Gehirn funktioniert

Das menschliche Gehirn besteht aus einigen hundert Modulen, die in Zusammenarbeit von jeweils einigen Dutzend geistige Leistungen vollbringen. Diese Module wachsen mit ihren Aufgaben. Dabei werden sie zuweilen wie ein Muskel messbar grösser oder dichter. Denn was wirklich wächst, wenn das Gehirn lernt, sind synaptische Verbindungen zwischen Nervenzellen. Etwa eine Million Milliarden Synapsen unterliegen in der permanenten Grossbaustelle Gehirn einem beständigen Abbau, Neubau und Umbau. Was nicht gebraucht wird, wird weggeräumt. Wenn Neues gelernt wird, entstehen neue Verbindungen.

Körper und Geist wollen beansprucht werden

Immer mehr Menschen in den modernen Staaten arbeiten fast nur noch mit digitalen Helfern, weil diese uns geistige Arbeit abnehmen, wie uns Rolltreppen, Fahrstühle und Autos körperliche Arbeit abnehmen. Die Folgen mangelnder körperlicher Tätigkeit für Muskulatur, Herz und Kreislauf sind bekannt. Ähnlich verhält es sich mit unserem Geist: Wer ein GPS im Auto hat, lagert das Navigieren aus seinem Gehirn aus. Deshalb haben viele Menschen schon heute komplett verlernt, sich mit Karte und ihrem gehirneigenen Navigationsmodul zu orientieren.

Nur real ist sozial

Weitaus lebenswichtiger als das Navigieren ist unser Sozialverhalten, das ebenfalls von Gehirnmodulen gesteuert wird. Ein Experiment an Affen kam zu folgendem Ergebnis: Je grösser die Gruppe und je mehr Sozialkontakte, desto grösser das soziale Gehirn. Eine im März 2012 publizierte Studie aus den USA ergab: Wenn Mädchen im Alter von 8 bis 12 Jahren täglich 7 Stunden online sind, haben sie nur zwei Stunden reale soziale Kontakte. Dabei gaben nur 10 Prozent der befragten Mädchen an, dass ihre Online-Freunde ihnen positive Gefühle vermitteln. Zu glauben, Kindern werde etwas Gutes angetan, wenn sie mehrere Stunden täglich online sind, anstatt von Angesicht zu Angesicht miteinander zu kommunizieren, ist blanker Unsinn. In der Tendenz machen virtuelle statt reale Kontakte Kinder und Jugendliche einsam und unglücklich.

Gehirn-Bildung ist Gesundheitsförderung

Was für Navigieren im Raum und im Zwischenmenschlichen gilt, trifft auch auf geistige Leistungen zu: Das Gehirn bildet sich in der Auseinandersetzung mit der wirklichen Welt. Das Resultat dieses Prozesses der ersten 20 Lebensjahre nennen wir Bildung: Laufen, Sprechen, Benehmen, Erwerb von Schrift und Weltwissen, Mathematik, ein naturwissenschaftlich-technisches Grundverständnis und die Reflexion gesellschaftlicher und kultureller Zusammenhänge. So erwerben Kinder und Jugendliche über die Veränderung ihrer Million Milliarden Synapsen eine Gehirn-Bildung.

Diese zahlt sich übrigens nicht nur ökonomisch aus, sondern stellt auch den wichtigsten Faktor für Gesundheit dar: Ein gut gebildetes Gehirn verfügt schlicht über mehr Reserven, die es nutzen kann, wenn die «Hardware» langsam kaputt geht. Konkret: Eine Studie aus den USA konnte nachweisen, dass Menschen, welche zweisprachig aktiv sind, die Symptome einer Alzheimer-Demenz erst mit einer Verspätung von mehr als 5 Jahren zeigen, verglichen mit Menschen, die ausschliesslich ihre Muttersprache anwenden. Es gibt übrigens kein Medikament, mit dem sich das Auftreten einer Demenz auch nur annähernd so gut verzögern liesse, wie dies für die Zweisprachigkeit der Fall ist.

Zwar werden krankhafte Veränderungen bei Alzheimer-Demenz durch geistige Tätigkeit nicht verhindert, aber ein gebildeter Geist kann deutlich kranker sein als ein schwacher – ohne dass man es merkt. Bildlich gesprochen: Beginnt der Abstieg der geistigen Leistungsfähigkeit auf dem Gipfel des Mount Everest, kann man sehr lange abrutschen und sich noch immer auf grosser Höhe befinden. Und weil das Gehirn flexibler ist als jedes andere Organ in unserem Körper, ist hier der Effekt deutlich grösser als beispielsweise im Rahmen einer muskulären Erkrankung.

Der Einfluss digitaler Medien auf die Gesundheit

Ebenso wissenschaftlich nachgewiesen ist dies: Viel Zeit vor Fernseher, Playstation und Computer im Kindesalter führen vermehrt zu Störungen der Sprachentwicklung, Aufmerksamkeitsstörungen, verminderter Lese- und Schreibkompetenz sowie einer Verringerung der Selbstkontrolle. Doch nicht nur der Geist, auch der Körper ist betroffen: Wer sich z.B. nachts vor dem Computer stundenlang Ballerspielen hingibt, schläft weniger. Schlafmangel wiederum beeinträchtigt die Funktion der Bauchspeicheldrüse und stellt so eine wichtige Ursache von krankhaftem Übergewicht dar. Im Weiteren belegen Studien einen deutlichen Zusammenhang zwischen der übermässigen Nutzung digitaler Medien und

dem Auftreten von Stress und Depressionen. Und chronischer Stress seinerseits ist nicht nur dem körperlichen Wohlbefinden abträglich, sondern löst auch das Absterben von Nervenzellen im Gehirn aus.

Geht man vorsichtigerweise nur einmal davon aus, dass sich der Konsum digitaler Medien in etwa im gleichen Masse negativ auswirkt wie sich Zweisprachigkeit positiv auswirkt, dann lassen sich die Folgen der digitalen Demenz abschätzen. Wenn in den USA mit ihren über 300 Millionen Einwohnern jener Zeitpunkt, an dem erste Anzeichen einer Demenz auftreten, sich durch den Einfluss digitaler Medien um ein Jahr nach vorne verschiebt, dann führt das langfristig zu einer Million zusätzlicher Demenzkranker. Allein die Kosten für Betreuung und Pflege würden sich auf zig Milliarden Dollar belaufen.

Fazit und Prävention

Was wir früher einfach mit dem Kopf gemacht haben, wird heute von Computern, Smartphones, Organizern und Navis erledigt. Dies birgt im Speziellen Gefahren für die sich entwickelnden Gehirne von Kindern und Jugendlichen. Die hierzu vorliegenden Forschungsergebnisse sind alarmierend: Lagert man Hirnarbeit aus, lässt das Gedächtnis nach. Nervenzellen sterben ab. Bei Kindern und Jugendlichen wird durch Bildschirmmedien die Lernfähigkeit drastisch vermindert. Die Folgen sind Lese-, Schlaf- und Aufmerksamkeitsstörungen, Ängste und Abstumpfung, Depressionen, Übergewicht, Gewaltbereitschaft. Vor allem bei Kindern müsse deshalb unbedingt eine Konsumbeschränkung durch die Eltern durchgesetzt werden, meint Professor Spitzer. Nur so könne man der digitalen Demenz entgegenwirken.

Gerade Sokrates verachtete die Scheinargumente der Sophisten

Kehren wir zum Schluss noch einmal zu Sokrates zurück. Wer sein Werk auch nur ein klein wenig kennt, käme nie auf die Idee, ihm das Zitat von der «verdorbenen Jugend» zuschreiben zu wollen. Einerseits ist es für einen Philosophen seines Ranges zu dünn und inhaltlich zu pauschal, andererseits würde die Aussage nicht zu einem passen, dessen Todesurteil damit begründet wurde, er würde die Jugend verderben.

Auch wir in der heutigen Zeit sollten uns nicht pauschal über «die Jugend» auslassen. Es geht auch nicht darum, digitale Medien in plumper Manier zu dämonisieren und aus der Schule zu verbannen. Aber wenn es Anzeichen dafür gibt, dass der uns anvertrauten Jugend Gefahren erwachsen, beispielsweise in Form eines ausufernden digitalen «Zumüllens» kindlicher Gehirne mit den entsprechenden Auswirkungen auf ihre schulische Leistungsfähigkeit, dann wollen und müssen wir ernsthaft und differenziert darüber diskutieren und uns nicht mit Totschlagargumenten zufrieden geben. Genau das wäre mit Sicherheit auch in Sokrates' Sinne. Schliesslich hat es wohl kaum je einen streitlustigeren Menschen als ihn gegeben.

Abgesehen von seiner Frau Xanthippe.

Perlenfischen

Von Roger von Wartburg

Die **Perlen 1 und 2** zeigen auf, wie mannigfaltig ausgeprägt das Experimentierfeld Schule nach wie vor ist. Die erste Perle war in der «Thurgauer Zeitung» vom 30. Mai 2012 unter dem Titel **«Kreuzlingen will Schuluniformen im nächsten Jahr probeweise einführen»** zu finden, Perle 2 stammt aus dem «Sonntag» vom 22. Juli 2012 und führte die Überschrift **«Kanton werkelt an den Schulen mit iPads»**.

• **Perle 1**: «Nun sollen sie also doch noch kommen: die Schuluniformen. […] Bei der Einweihung des Primarschulhauses Schreiber – das wird im Laufe des nächsten Jahres passieren – soll die Bekleidung das erste Mal zu sehen sein. Das Schulhaus wird als Test mit einer einheitlichen Schulbekleidung ausgestattet. […] Aufgrund der Reaktionen werde dann das weitere Vorgehen bestimmt. Sind diese positiv, wird der Versuch ausgeweitet. […] Das Anziehen der Schuluniform geschehe aber immer auf freiwilliger Basis. […] Studien hätten ergeben, dass es dank einheitlicher Kleidung sogar zu weniger Gewalt an Schulen komme. […] Einheitlich werden nur die Oberteile sein: Sweatshirts, T-Shirts und Jacke. […] Unten würden die Schüler einfach Bluejeans tragen. Bezahlen müssen die Kleider die Eltern, allerdings gibt es sie zu vergünstigten Preisen. […] In Basel war ein 2006 gestarteter Pilotversuch zur Einführung von Schuluniformen gescheitert. Es war der erste seiner Art in der Schweiz. Die Schüler einer Weiterbildungsschule zeigten sich zu Beginn euphorisch, liessen ihre Uniformen aber immer häufiger im Schrank. […] Der Pilotversuch wurde 2009 endgültig beendet.»

• **Perle 2**: «Die DBK will im Rahmen eines einjährigen Pilotprojekts im neuen Schuljahr alle Schüler von zwölf Klassen mit iPads ausrüsten. Die Geräte sollen ihnen und den Lehrpersonen rund um die Uhr zur Verfügung stehen, auch in der Freizeit. […] Kosten des Projekts «myPad» inklusive Software: 230'000 Franken. […] Politisch hat der Entscheid nur leise Reaktionen ausgelöst. […] Welche Möglichkeiten bietet die digitale Schiefertafel im Unterricht? Wo liegen die Stolpersteine? Fragen wie diese sollen beantwortet werden.»

Kommentar: Über Sinn und Unsinn von Schuluniformen wurde schon ausreichend debattiert. Mit ihnen aber gerade Hoffnungen auf eine sinkende Gewaltbereitschaft der Schülerschaft zu verbinden, mutet angesichts immer wieder auftretender Gewaltexzesse an amerikanischen Highschools, wo Schuluniformen in aller Regel Pflicht sind, dann doch etwas überhöht an. Auch die iPad-Story weckt US-Assoziationen, schon alleine der Herkunft der Herstellerfirma wegen. Wirklich spannend aber ist die Geschichte deshalb, weil diese neue Ausgabe von fast einer Viertelmillion Franken in einem Moment beschlossen wird, wo im gleichen Kanton Lektionskürzungen in den Fächern Deutsch, Werken, Musik und Bildnerisches Gestalten im Umfang von knapp 16 Millionen Franken vor der Umsetzung stehen (vgl. dazu den Artikel «Passepartout? Pas partout!» im vorliegenden Heft). Geben wir in diesem Zusammenhang dem Geschäftsführer des Solothurnischen Gewerbeverbandes das Wort: «Haben Sie schon einmal die Deutschkenntnisse eines durchschnittlichen Sek-E-Schülers gesehen?» Und: «Wie um Himmels willen sollen wir im Gewerbe künftig Handwerker erhalten, wenn sie schon in der Grundstufe nicht mehr lernen, mit Werkzeugen umzugehen?» Prioritäten eben…

Perle 3 präsentiert Auszüge aus einem bemerkenswerten Interview mit Josef Kraus, dem Vorsitzenden des Lehrerverbands und Leiter eines Gymnasiums bei Landshut, erschienen unter der Überschrift **«Wir erziehen eine unmündige Generation»** in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 12. Mai 2012:

• «Am schwierigsten sind zwei Gruppen von Eltern. Sie machen im Durchschnitt 20 Prozent der Elternschaft aus und kosten uns Lehrer 80 Prozent unserer Energie. Schwierig sind zum einen die Eltern, die sich aus der Erziehung völlig davonstehlen. Zum zweiten sind es Eltern, die masslos überziehen. Unter dem Motto «Nur das Beste für mein Kind» nehmen sie die Kinder so in Beschlag, dass sie mir wie gefesselt vorkommen. […] Solche Eltern treten dann auch in Schulen auf, als wäre das eigene Kind der geborene Einserabiturient, und wenn der Weg nicht dorthin weist, dann ist die Schule schuld. […] Eltern glauben, für ihr Kind immer erreichbar sein zu müssen. […] Das Ergebnis ist das «Prinzessinnen-Syndrom»: verwöhnte, überbehütete Kinder. […] Dafür ist der Trend zur 1,3-Kind-Familie massgeblich. Die elterliche Fürsorge und der elterliche Ehrgeiz konzentrieren sich auf das einzelne Kind. In der klassischen Familie mit zwei bis vier Kindern, wie wir sie früher hatten, verteilte sich das anders. […] Eine Rolle spielt auch die bildungspolitische Propaganda, wonach ein Kind mindestens einen Bachelor haben muss. […] Eine Rolle spielt auch eine bisweilen konfuse Erziehungswissenschaft und die ausufernde Ratgeberliteratur, die häufig das Problem erst schafft, als dessen Lösung sie sich ausgibt. Zwanzig Erziehungswissenschaftler haben manchmal 25 Meinungen. […] Eltern tun alles, um ein Scheitern zu verhindern. Damit nehmen sie ihren Kindern die Chance zu lernen, wie sie mit Scheitern umgehen. Die Kinder erleben schon in der Grundschule, dass die Eltern sofort auf der Matte stehen, wenn in einer Probearbeit […] einmal eine Drei droht. Kinder

erleben die Möglichkeit des Scheiterns nur virtuell und angstbesetzt, aber nicht in der Wirklichkeit. […] Es wird eine unmündige Generation erzogen. […] Biologisch beginnt die Pubertät immer früher, […] gleichzeitig wird die psychische Entwicklung durch die Überbehütung der Eltern verlangsamt. […] Immer mehr Eltern reagieren auf Misserfolge ihres Kindes mit narzisstischer Kränkung. […] Sie gehen gegen Klassenzusammensetzungen vor oder gegen Disziplinarstrafen. Einmal hat ein Kollege eine Schülerin gebeten, ein Brotpapier aufzuheben […]. Am nächsten Tag stand der Vater auf der Matte und beschwerte sich, dass wir seine Tochter als Putzfrau missbrauchen. […] Die Folge ist die Helikopter-Elternschaft. Die Eltern kreisen wie Hubschrauber ständig über ihren Kindern, damit ja nichts schiefläuft und sie sofort eingreifen können: die Eltern als schnelle Eingreiftruppe. Zugleich haben wir eine bedenkliche Verstaatlichung von Erziehung. Immer mehr Bereiche sollen von der Schule geleistet werden: Gesundheitserziehung, Umwelterziehung, Freizeiterziehung, Konsumerziehung, Medienerziehung. Damit ist die Schule überfordert.»

Kommentar: Auch nur ein pathologischer Nörgler (vgl. dazu den Artikel «Sokrates und die digitale Demenz» im vorliegenden Heft) oder doch eher ein präzise diagnostizierender Pädagoge? Entscheiden Sie selbst!

Die **Perlen 4, 5 und 6** fällen allesamt ein wenig erfreuliches Urteil über die Leistungsfähigkeit der heutigen Kinder, Jugendlichen und Maturanden, allerdings in durchaus verschiedenen Zusammenhängen. Perle 4 erschien unter dem Titel **«KV-Lehrlinge sprechen wie Anfänger»** in der «Neuen Luzerner Zeitung» vom 25. Mai 2012. Perle 5 namens **«Kinder fahren immer schlechter Velo»** stammt aus der «Zentralschweiz am Sonntag» vom 27. Mai 2012 und Perle 6 schliesslich bezieht sich auf ein «NZZ am Sonntag»-Interview mit ETH-Rektor Lino Guzzella vom 29. Juli 2012, überschrieben mit **«Das Niveau an den Schulen ist gesunken»**.

• **Perle 4:** «Die Fremdsprachenkenntnisse von vielen Schweizer KV-Lehrlingen sind miserabel. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung und des Kaufmännischen Verbandes Schweiz. […] Untersucht wurden die Sprachkenntnisse am Ende der Ausbildung. Die Resultate sind ernüchternd: Mehr als die Hälfte der Lehrlinge in der Deutschschweiz kann englische Texte nur auf elementarem Niveau lesen. In der Westschweiz kommt ein Drittel im Englisch-Leseverständnis nicht einmal über das Anfängerniveau hinaus. […] Noch schlechter als in Englisch schneiden die KV-Lehrlinge in der jeweils zweiten Landessprache ab. Zwei Drittel der Deutschschweizer kommen im Französisch nicht über eine elementare Sprachanwendung hinaus. In der Westschweiz ist fast die Hälfte der Schüler (46 Prozent) auf Anfängerniveau.»

• **Perle 5:** «Verkehrsinstruktoren sind besorgt. In der Schweiz werden Kinder und Jugendliche auf dem Velo immer mehr zum Sicherheitsrisiko. «Es gibt je länger, desto mehr Kinder, die motorische Defizite aufweisen», sagt der stellvertretende Leiter der Verkehrspolizei Nidwalden […]. Mit ein Grund dafür ist, dass Eltern weniger mit ihren Kindern Velo fahren gehen. […] Das bekommt auch die Schule zu spüren. Auf Ausflüge mit dem Velo wird zunehmend verzichtet.»

• **Perle 6:** «Wir sind eine Elite-Schule. Es geht bei uns primär um Leistung. Eine angenehme Stimmung ist erstrebenswert, aber im Gegensatz zu anderen Bildungsinstitutionen nicht das vorrangige Ziel. […] Zum Beispiel gab es bei gewissen Gymnasien eine Tendenz hin zum Wohlfühlverein […]. Schauen Sie mal die früheren Leitbilder einiger Gymnasien an. Auf den ersten Seiten steht sinngemäss, dass man für eine angenehme Atmosphäre sorgen will oder für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler und so weiter. Und dann am Schluss steht noch in einem kleinen Absatz, man wolle übrigens auch den Leistungskatalog der Bildungsdirektion erfüllen. Dieses Ungleichgewicht finde ich nicht gut. […] Zuoberst müsste stehen: «Wir wollen an dieser Schule hervorragende Ausbildung und Leistung erbringen.» Allmählich setzt sich dieser Gedanke durch. Hoffentlich. Die Schweiz lebt davon, dass sie ein innovatives Land ist. […] Also müssen wir Leistungen erbringen. Nur so können wir unseren Wohlstand wahren. Die Gymnasien müssen sich daher auch als Eliteschulen verstehen. […] Man hat vor einigen Jahren einen Fehler gemacht, als man in den Gymnasien die sogenannt strengen Fächer wie Mathematik, Physik, aber auch Sprachen abgewertet hat. Das Niveau ist gesunken. […] Wie kann man nur auf die Idee kommen, ein Land müsse einen bestimmten Prozentsatz an Maturitätsschülern hervorbringen? Ich sage Ihnen, was wir als Land garantieren müssen: Wir müssen garantieren, dass ein Maturand klar definierte intellektuelle Fähigkeiten hat. […] Die Leute müssen richtig lesen, schreiben und sprechen können. Das gilt auch für Naturwissenschaftler und Ingenieure.»

Kommentar: Die äusserst unterschiedlichen Perlen zeigen eines sehr genau: Die Diskussion darüber, welche Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten man zu welchen Zeitpunkten seiner Biographie erworben haben sollte, ist omnipräsent. Und das ist grundsätzlich auch gut so. Ein Wohlstandsparadies wie die Schweiz kann es sich nicht leisten, blind darauf zu vertrauen, die vergleichsweise idyllische

Situation sei per se für alle Zeiten gottgegeben, erst recht nicht in einer immer stärker globalisierten Welt. Darum muss die Leistungsdebatte regelmässig neu geführt werden, Provokationen inklusive. Dass ein Vertreter einer Institution wie der ETH, die tatsächlich weltweit aus den besten Studierenden auswählen kann, in dieser Manier argumentiert, ist daher durchaus nachvollziehbar. Allerdings wurde im Verlauf des Gesprächs auch deutlich, dass Herr Guzzella für bestehende Schwierigkeiten der Volksschule keine Lösung bereithält: Nachdem er nämlich vehement betont hatte, es sei nicht Aufgabe der Volksschule, immer mehr Erziehungsaufgaben zu übernehmen, wusste er auf die Nachfrage, was denn mit Schülerinnen Schülern, deren Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen, geschehen müsse, nur folgendes zu entgegnen: «Jetzt sind wir zu weit weg von meinem Kompetenzbereich.»

Die **Perlen 7 bis 9** dokumentieren einen Paradigmenwechsel: Nachdem die Medien Jahre lang über Lehrstellenmangel berichtet hatten, besteht aktuell offenbar ein stetig zunehmender Lehrlingsmangel. Dieses Thema wurde in der «Schweizerischen Gewerbezeitung» vom 25. Mai 2012 unter dem Titel **«Was tun gegen den Lehrlingsmangel?»** (Perle 7) ebenso aufgenommen wie im Artikel **«14'000 Lehrstellen nicht besetzt»** (Perle 8) aus dem «Sonntag» vom 10. Juni 2012 sowie im «Oltner Tagblatt» vom 24. Juli 2012: **«Harter Kampf um die besten Schüler»** (Perle 9).

• **Perle 7:** «Erstmals seit Beginn der Zahlenerhebung 2003 überstieg 2011 das Angebot die Nachfrage. Je nach Quelle blieben 5000 bis 10'000 Lehrstellen (von rund 80'000) unbesetzt. 2012 präsentiert sich die Lage praktisch unverändert. […] Gleichzeitig verlangt die boomende Wirtschaft mehr Nachwuchs. […] Massgeblich beteiligt an der Entwicklung sind zweifellos die Gymnasien. Sie haben in den letzten Jahren ihre Kapazitäten ständig ausgebaut, um den massiv gestiegenen Schülerjahrgängen Rechnung zu tragen. […] Jetzt, wo die Zahl der Schulabgänger zurückgeht, werden die Kapazitäten aber nicht zurückgefahren. Der demografisch bedingte Rückgang der Anzahl Jugendlicher geht also voll zulasten der Lehrbetriebe. Im Jahr 2020, so prognostiziert das Bundesamt für Statistik, werden gegen 6000 Jugendliche weniger eine Berufslehre beginnen als im Spitzenjahr 2009 – ein Rückgang um 8 Prozent. Aber es werden gleich viele Schüler wie heute ins Gymnasium eintreten. Das wird die Maturitätsquote […] in die Höhe treiben und den Lehrlingsmangel vor allem in den anspruchsvollen technischen Berufen verschärfen. […] Die Problematik wird dadurch verschärft, dass das bestehende Lehrstellenangebot in verschiedenen Berufsbereichen nicht der Nachfrage entspricht (etwa bei KV oder den Gesundheits-und Pflegeberufen). So werden junge RAV-Klienten «gezüchtet». Doch es gibt eine beträchtliche Anzahl Jugendliche, die keine Lehrstelle erhalten, weil ihre schulischen Leistungen für eine anspruchsvolle Lehre ungenügend sind.»

• **Perle 8:** «Zurzeit bieten die Schweizer Betriebe noch über 14'000 Lehrstellen an. […] Damit zeichnet sich schon jetzt ein Lehrstellenüberschuss ab, denn viele Schulabgänger haben längst einen Ausbildungsplatz gefunden. […] Das bringt die Unternehmen in Zugzwang. Firmen werben heute aktiv um die besten Jugendlichen […]. Und sie versuchen, so früh wie möglich einen Vertrag abzuschliessen, teilweise ein Jahr im Voraus. […] «Das ist ein grosses Problem», sagt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Damit steige auch der Druck auf die Schüler, die noch keine Lehre haben, obwohl sie eigentlich noch genügend Zeit hätten. «Sie bekommen Angst und nehmen vielleicht das erstbeste Angebot an.» Doch nicht nur Firmen machen sich die Besten abspenstig. Unternehmen beklagen, dass viele gute Schüler lieber an die Kantonsschule gehen. Dazu würden auch die Eltern beitragen, sagt Bigler. Dass eine Berufslehre mit anschliessender Fachhochschule bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten könne als ein Uniabschluss, sei noch nicht bis zu den Eltern durchgedrungen. […] Weil nicht genügend Lehrlinge gefunden werden, kommen Jugendliche aus dem Ausland, um eine Lehre zu beginnen. Das ist vor allem in den Grenzgebieten zu Frankreich und Italien der Fall. […] Was wie ein Schlaraffenland für Suchende aussieht, hat aber seine Tücken. Obwohl 2011 bis Lehrbeginn im Herbst rund 6500 Plätze unbesetzt blieben, musste mehr als jeder zehnte Schulabgänger ein Brückenangebot annehmen. […] Probleme bei der Suche haben Jugendliche, die schulisch hinterher hinken oder sich nicht von ihrem Traumberuf lösen, obwohl sie nicht die nötigen Voraussetzungen mitbringen.»

• **Perle 9:** «Die neue Sek P versorgt die Kantonsschule mit reichlich Schülern, während die berufliche Bildung Zweite macht.» Das sagte Ernst Hürlimann, der abtretende Leiter des Berufsbildungszentrums Solothurn-Grenchen […]. Anlass dafür ist die hohe Übertrittsquote in die Sek P (Progymnasium). Im letzten Jahr schafften 25 Prozent der Sechstklässler den Übertritt ins Progymnasium […]. In diesem Jahr sind es 23 Prozent. Das aber ist, gemessen an den politischen Vorgaben, die sich in den Ergebnissen der kantonsweit einheitlichen Übertrittsprüfung spiegeln, zu hoch. Lediglich 18 Prozent hätten gemäss dieser Prüfung den Eintritt ins Progymnasium geschafft. […] Aufgrund der hohen Quote in der Sek P fehlt der Sek E ein Teil der sehr guten Schüler. Die Sek E aber ist es, die eine Grundlage für die anspruchsvollen Berufsausbildungen samt Fach- und Berufsmaturität legt. Kommt hinzu, dass – wiederum gemessen am Plansoll – zu wenige Schüler die Sek B (Basisanforderungen) besuchen. 41 Prozent aller Sechstklässler müssten es gemäss der kantonalen Prüfung sein, tatsächlich werden 34 Prozent im August in die Sek B eintreten. Das aber bedeutet: In der Sek E versammeln sich zu viele Jugendliche mit einem eher schwächeren Profil. Der Hintergrund für solche Abweichungen: Im Übertrittsverfahren spielen neben der kantonalen Prüfung die Noten des zweiten Zeugnisses der 5. Klasse und des ersten Zeugnisses der 6. Klasse eine wichtige Rolle. Und zudem haben die Lehrpersonen bei jenen Schülern, die auf der Kippe stehen, ein Wörtchen mitzureden. Tendenziell fallen die Erfahrungsnoten besser aus als die Prüfung, und bei den «Zweifelsfällen» geht die Empfehlung häufig in Richtung der Abteilung mit den schulisch höheren Anforderungen.»

Kommentar: In allen drei Perlen wird der Schwarze Peter mindestens teilweise den (Pro-)Gymnasien zugeschoben. Kombiniert man diese Stossrichtung mit den Aussagen von ETH-Rektor Guzzella in Perle 6, könnte man meinen, Elite-Hochschulen, Berufsbildungsinstitutionen und Gewerbeverbände kämen einhellig zur gleichen Schlussfolgerung: Weniger Gymnasiasten und eine konsequent tiefe Maturitätsquote würden zu einem höheren Niveau sowohl der Studierenden als auch der Lehrlingsausbildung führen. Doch ist das wirklich der Weisheit letzter (und einziger) Schluss? Natürlich wird immer wieder betont, das hierarchische Denken zwischen Sek P und Sek E sei verkehrt, weil sich die Sek E ebenfalls an sehr gute Schüler richte, aber eben an solche, die eine Berufsausbildung der Matura vorziehen würden. Nur: Welche(r) sehr gute Schüler(in) weiss denn im Alter von 13 Jahren schon mit Sicherheit, ob er respektive sie drei Jahre später nicht doch das Gymnasium besuchen möchte? Und, aller Durchlässigkeit zum Trotz, die Sek P bleibt nun einmal jene Stufe, die explizit auf eine gymnasiale Matura vorbereiten soll und will. Kann man es Schülerinnen und Schülern denn «vorwerfen», sich den Fünfer (Matura) und das Weggli (oft einfachere Lehrstellensuche als Sek-P-Absolvierende) offenhalten wollen? Vielleicht sind das ja bereits Indizien für jene klar definierten intellektuellen Fähigkeiten, die sich Herr Guzzella in Perle 6 ausmalt.

Perle 10 warnt uns Lehrpersonen vor neuen Gefahren im Berufsalltag: **«Lehrer werden zu Zielscheiben im Internet»** aus dem «Tages-Anzeiger» vom 08. Juni 2012:

• «Robert Kraus (Name geändert) unterrichtet seit mehreren Jahren an einer Zürcher Schule. Seit einigen Wochen stellt der erfahrene Lehrer fest, dass er von seinen Schülern vermehrt provoziert wird. Die Jugendlichen stören den Unterricht und machen respektlose Bemerkungen. […] Neuerdings wird er im Schulhaus auch von ihm fremden Jugendlichen angesprochen. […] Robert Kraus begann im Internet zu recherchieren, ob da «Dinge» über ihn kursie-

ren, von denen er nichts weiss. Und er wurde fündig. Auf Facebook gibt es unter seinem Namen ein ihm unbekanntes Profil. […] Robert Kraus ist beunruhigt. Seit gut einem Jahr haben zahlreiche Schülerinnen und Schüler Smartphones, und was man damit in der Schule machen kann, hat er auf Youtube gesehen. Da sind im Geheimen gedrehte Filmchen aus dem Unterricht zu sehen – nicht aus der Schweiz, aber aus den USA, aus Brasilien oder Deutschland. «Lehrer schlägt Schüler», «Schüler verarscht Lehrer», «Lehrerin rastet aus». Für Robert Kraus wäre es ein Albtraum, sich so im Internet wiederzufinden. Darum ist für ihn klar: Intelligente Handys sollten in der Schule verboten werden. […] Thomas Stierli, Spezialist für Medienbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich, ist nicht mit Kraus einverstanden, was ein Handy-Verbot angeht. […] In den Weiterbildungskursen an der Pädagogischen Hochschule empfiehlt er den Lehrpersonen, ein Facebook-Profil anzulegen und sich dann von Zeit zu Zeit einzuloggen. Weiter sei es auch gut, wenn man seinen Namen hie und da google. […] Und wie soll sich Robert Kraus verhalten, der von sich ein gefälschtes Facebook-Profil gefunden hat? Auf jeden Fall müsse er dies bei Facebook melden, sagt Stierli. Im besten Fall werde der Account gelöscht.»

Kommentar: Und noch eine hässliche Facette (oder eher: Face-book-ette) des digitalen Zeitalters. Schön überdies, dass das Vermögen, welches die Facebook-Garde um Zuckerberg & Co. mit ihrem Börsengang gemacht haben, deren Verbundenheit mit ihrer Kundschaft dermassen ausgeweitet hat, dass auf Anfrage ein gefälschtes Profil sogar gelöscht wird. Im besten Fall …

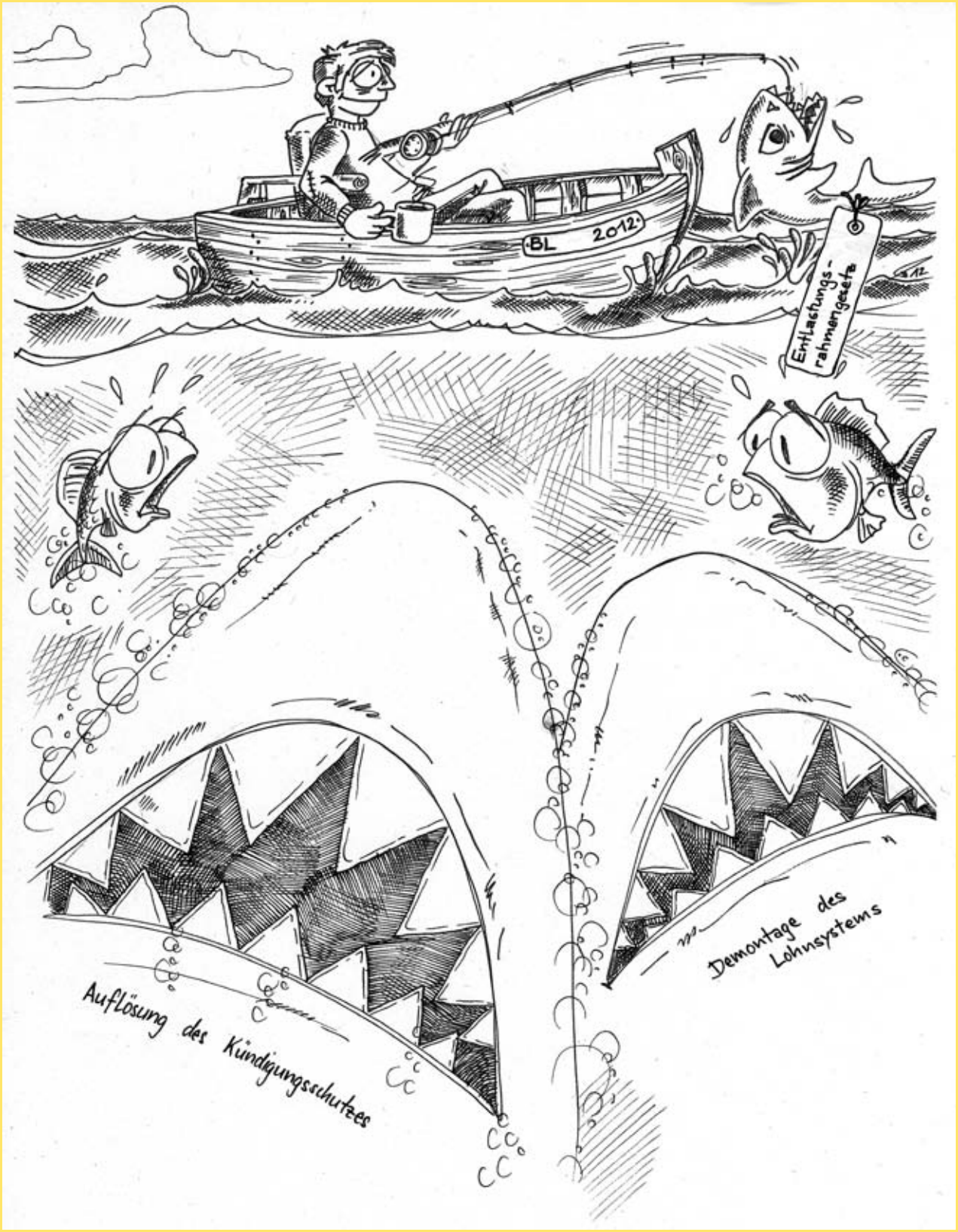
Perle 11 schliesslich stellt unter Beweis, wie sich auf lust- und humorvolle Weise auch in der digitalen Ära an als überholt geltenden Bildungsinhalten festhalten lässt: **«Rettet das Komma!»**, erschienen in der «NZZ am Sonntag» vom 05. August 2012:

- «Noch nie wussten weniger Sprachteilnehmer Bescheid, wo ein Komma zu setzen ist und wo nicht. Das ist nicht nur ein Verlust an Verständlichkeit. Es ist ein zivilisatorischer Rückschritt. […] Wozu Kommas? Sie quälen doch nur Menschen, welche nicht wissen, wohin mit ihnen; und jene, die sich über solche Unwissenheit ärgern. […] Heute foutieren sich selbst Literaturwissenschaftler und Journalisten um Kommaregeln. […] Der Niedergang der Komma-Kultur hat vermutlich erst begonnen. Je weiter sich die Alltagskommunikation ins Reich der Blogs und sozialen Netzwerke verlagert, desto liederlicher wird unser Umgang mit Rechtschreibung im Allgemeinen und den Kommaregeln im Besonderen; nicht aus Unvermögen, sondern aus der Absicht heraus, auf Tasten einen ähnlichen Ton anzuschlagen wie früher am Telefon. Eine verschriftlichte Form von Mündlichkeit soll Familiarität erzeugen, und zu ihren Erkennungsmerkmalen gehören gewollte Fehler (wie beispielsweise auch die Marotte, alles klein zu schreiben): Sie stellen die Persönlichkeit des Verfassers demonstrativ über die Normen der Sprachhüter. […] Noch ein paar Jährchen früher spielten sie [die Kommas] eine Schlüsselrolle in der Wissensvermittlung. Nachdem eigenbrötlerische Mönche ihre Weisheit jahrhundertelang als Herrschaftsmittel gehortet und in Form von unleserlichen Satzbandwürmern in ihren Büchern verschlossen hatten, begannen sie im 12. Jahrhundert, das Gebot der Nächstenliebe ernst zu nehmen und ihre Sätze mit Wortabständen und Satzzeichen zu gliedern. Damit öffneten sie ihr Wissen auch Laien, die sich lesend den Kommas entlangzuhangeln verstanden. […] Der Umgang mit den Satzzeichen ist mittlerweile derart ästhetisiert, dass dessen Grundaufgabe vergessen geht: Kommas gliedern Sätze grammatikalisch und verbessern damit deren Verständlichkeit.»

Kommentar: Sie glauben, die Sinnhaftigkeit von Kommas lasse sich digital verbrämten Schülerinnen und Schülern nicht mehr vermitteln? Probieren Sie es doch mit dieser Aufgabe: *Tim liebt Sonja, aber als er längere Zeit im Ausland ist, verliebt sich Sonja in Mark und beabsichtigt diesen sogleich zu ehelichen. Tim seinerseits will um jeden Preis verhindern, dass Sonja Mark heiratet. Deshalb schreibt er ihr eine SMS (oder meinetwegen einen Eintrag an ihre Facebook-Pinnwand). Da Tim Kommas aber stets für vernachlässigbar gehalten hat, ist das Ganze äusserst delikat: «Heirate Mark nicht warten!» Wo gehört denn nun das vermaledeite Komma hin?*
Das finale Wort zu diesem Thema gebührt noch einmal dem Autor von Perle 11, der sinngemäss schreibt: Wer seine Kommas nach bestem Wissen und Gewissen setzt, fordert nicht einfach, dass die Welt ihn gefälligst zu verstehen habe. Sondern er hilft ihr auch dabei.

Strichwörtlich

Von Hanspeter Stucki



Berichte von Pensioniertenanlässen

Von Cäcilia Flury, Anne Dedio, Otti Studer und Joseph Wiget

1. Farnsburg
Bei besten Wetterbedingungen starteten wir am 26. April 2012 unsere Frühlingswanderung morgens nach 10 Uhr. Auf der Buuseregg empfing uns eine Reihe blühender Kirschbäume und bald begrüssten uns das junge Buchenlaub, der Bärlauchduft und die ersten Maiglöckchen auf unserem Weg durch den Wald.

Nach einem letzten Blick auf das Dorf Rickenbach ging es weiter gen Osten. Gemütlich plaudernd erreichten wir, kurz vor dem höchsten Punkt unseres Ausflugs, die Aussichtsplattform. Dort präsentierte sich uns das wunderbare Panorama hinaus in den Schwarzwald. Nicht minder überwältigend war der Anblick, als wir aus dem Wald hinaustraten: eine Wiese voller leuchtend gelber Löwenzahnsterne und am Horizont Schneeberge, so weit das Auge reichte.

Anschliessend betrachteten wir die Überreste der einst so stolzen Farnsburg. Ein kurzer historischer Abriss verschaffte uns Einblick in die Entstehungsgeschichte der Burg und in die Jahrhunderte lange obrigkeitliche Macht über unsere Heimat. Danach besuchten einige die Ruine, andere stiegen bereits zum Restaurant Farnsburg hinunter, wo man sich, nebst Speis und Trank, auch an den Weideschweinen und Bisons erfreuen konnte.

Nach dem Mittagessen tätigten einige ihre Einkäufe in der hofeigenen Metzgerei. Im Anschluss daran nahmen wir die letzte Etappe unserer Wanderung unter die Füsse und gelangten schliesslich zum Endpunkt des Ausflugs: auf die Buuseregg. Eine zufriedene Schar von Wandervögeln machte sich auf den Heimweg.

2. St. Trudpert im Münstertal
Mit der Deutschen Bahn fuhren wir am 15. Mai 2012 nach Bad Krozingen, wo wir mit zehn Minuten Verspätung ankamen. Leider war da der Anschlusszug bereits abgefahren. Weil wir zu einem bestimmten Zeitpunkt in St. Trudpert sein mussten, blieb uns nichts anderes übrig, als mit drei Taxis dorthin zu fahren.

Schliesslich doch noch angekommen, verschaffte uns unser Führer einen ausgezeichneten Überblick über die Geschichte des Münstertales und des prächtigen Klosters.

Das vorgesehene Picknick im Klostergarten fand infolge zu tiefer Temperaturen nicht statt. In einem guten Restaurant in der Nähe stärkten wir uns deshalb an der Wärme.

Anschliessend wanderten wir das Tal hinunter, bis nach etwa einer Stunde heftiger Wind und Regen einsetzten, sodass wir den Zug nach Staufen nahmen. Dort konnten wir das hübsche Städtchen erkunden und gemütlich Kaffee trinken. Die Rückreise verlief dann erfreulicherweise problemlos.

3. Sauschwänzlebahn und Villingen
Am 13. Juni 2012 führte uns der Reisecar über Koblenz durchs Wutachtal nach Blumberg. Dort fuhren wir mit der dampfbetriebenen Bahn nach Weizen. Besagte Bahn war 1890 als «strategische Umgehungsbahn ins Oberelsass» eingeweiht worden und vermied durch ihre Streckenführung – im kriegerischen 20. Jahrhundert wichtig! – einen Einbezug des Kantons Schaffhausen auf dem Weg Ulm/Stuttgart nach Weil am Rhein.

Ihren Namen verdankt die «Sauschwänzlebahn» den vielen Windungen ihrer Strecke, darunter zwei veritable Kehrtunnels. Sie waren damals notwendig, weil die vergleichsweise noch leistungsschwachen Lokomotiven sonst die Höhendifferenz von 231 Metern auf 9,6 km Luftdistanz nicht geschafft hätten.

Rentiert hat die Bahn nie. Auch im Zweiten Weltkrieg wurde sie von den Alliierten als zu unbedeutend eingestuft, um bombardiert zu werden. Begonnene Renovationsarbeiten wurden zu Beginn der 60er-Jahre wieder eingestellt. Erst als 1977 der Betrieb als Museumsbahn aufgenommen wurde, kam Leben auf die Strecke.

Der für uns reservierte Wagen erwies sich als besonderes Schmuckstück: Nicht nur «Holzklasse», sondern ungewohnt mit Zwischenwänden unterteilt. Wer kühle Zugluft nicht scheute, verbrachte Teile der Fahrt auf der «Bühne», den zweimal zehn Stehplätzen zwischen den Wagen. Von dort aus war der Blick über die hügelige Landschaft mit den Geleiseschlaufen und Viadukten einzig durch tief hängende Wolken und den Rauch der Dampflok behindert. Eingeschwärzte Köpfe dagegen waren keine auszumachen …

Nach dem erfreulich köstlichen Mittagessen im Restaurant «Zum Pulvertürmle» wurden wir zur Stadtführung durch Villingen gebeten. Wie in mancher Zähringergründung fliessen muntere «Bächle» durch die grosszügige Fussgängerzone. Die Innenstadt ist reich an Brunnen, darunter auch ein modernes Exemplar, welches sich mit der lokalen Geschichte bis in die Gegenwart auseinandersetzt.

Villingen erhielt 999 von Kaiser Otto III. das für die weitere Entwicklung wichtige Markt-, Münz- und Zollrecht. Von 1326 bis 1805 gehörte die Stadt zu Vorderösterreich. Erhalten sind neben der Stadtmauer auch drei der ehemals vier Tore. Bemerkenswert sind die erfolg-

losen Belagerungen im Dreissigjährigen Krieg durch die Schweden (1633 und 1634) und im Spanischen Erbfolgekrieg 1704 durch die Franzosen. Der damals doppelt gebaute Mauerring hatte wahrlich seinen Zweck erfüllt. Und da das Städtchen im Zweiten Weltkrieg nie aus der Luft angegriffen wurde und sich am 20. April 1945 ohne Gegenwehr von den Franzosen besetzen liess, ist es in seiner Bausubstanz weitgehend erhalten geblieben. Strenge Denkmalschutzmassnahmen treiben allerdings die Kosten für Renovationen in die Höhe.

Villingen hat seine Verwaltung mit dem nahe gelegenen Schwenningen zusammengelegt. Da aber das erstere in Baden liegt, das zweite dagegen in Württemberg, gibt es immer noch viel Trennendes. Immerhin hat man es geschafft, ein einheitliches Gemeindewappen zu gestalten. Für uns tönte das alles nicht nur erheiternd, sondern auch sehr vertraut …

Auf der Heimfahrt vertraten wir uns am Titisee die Beine. Man mochte sich wundern über die Vielzahl an Läden, welche den üblichen Schnickschnack an die zunehmende Zahl von Touristen verkaufen kann. Insgesamt genossen wir einen fantastischen und in jeder Hinsicht gelungenen Ausflug.

4. Vom Tal der Sorne über den Mont Moron ins Tal der Birs

Trotz der Ankündigung im Veranstaltungsprogramm, dass der Aufstieg von Ecorcheresses zum Turm auf dem Mont Moron 700 Höhenmeter betrage und dass die Wege steil und anforderungsreich seien, wagten es einige Damen und Herren am 09. Juli 2012, den Berg auf diesen schweisstreibenden Pfaden zu erklimmen. Andere wählten die Fahrt im Taxi ab Moutier.

Der von Architekt Mario Botta konzipierte Turm, bei dessen Erbauung sich 700 Lehrlinge sinnvoll und lehrreich betätigen konnten, wird für seine Leichtigkeit und Eleganz bewundert. Ein erstaunliches Detail für uns, die wir an steile Treppenhäuser gewohnt sind: Die Stufen sind so raffiniert angelegt, dass man ohne jegliche Anstrengung oder Ermüdung beinahe wie mit Flügeln hinaufgetragen wird.

Leider zwang uns ein Hangrutsch, der bei der Rekognoszierung noch nicht eingetreten war, zu mühsamen und längeren Umwegen. Umso gelegener kam uns der wohlverdiente Schlusstrunk im Hotel de la Gare in Malleray.

5. Hallwilersee und Schloss Hallwil

Am 09. August 2012 konnten wir feststellen, dass es tatsächlich noch einen grösseren See gibt, an dessen Ufern man mehrere Stunden entlangwandern kann, ohne durch Privatgrundstücke zu Umwegen gezwungen zu werden. Darüber hinaus haben die Anstössergemeinden erst noch kostenlose Badeanlagen für die Bevölkerung eingerichtet. Wer nun denkt, dass ein Schweizer See doch zu kalt für einen «Schwumm» sei, dem sei verraten: Der Hallwilersee gehört nicht zu dieser Kategorie.

Per Schiff ging es zum Schloss, welches auf zwei Inselchen errichtet wurde. Es bietet mehrere interessante Ausstellungen. Eine kompetente Führerin weihte uns in die wechselreiche Geschichte der Schlossbesitzer ein. Ein weiteres Kursschiff brachte uns schliesslich zurück zum Ausgangspunkt «Bäu-u» (Beinwil) und damit auf den Heimweg.

Hinweis:

Otti Studer zeichnete heuer zum elften und letzten Mal für das LVB-Pensioniertenprogramm verantwortlich. Sein Nachfolger, Rico Zuberbühler, wird im kommenden Oktober das Programm für 2013 ausarbeiten. Otti Studers langjähriges, verdienstvolles Wirken sei an dieser Stelle ganz herzlich verdankt. Eine ausführliche Würdigung folgt im nächsten Heft.

LVB-Informationen

LVB-Newsletter vom 17. Juni 2012:

Ein deutliches Nein zum Entlastungsrahmengesetz und zum Sparen an der Bildung

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.
(Albert Einstein)

Ein grosser Erfolg! Mit 58.55 % Nein-Anteil haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Basellandschaft das Entlastungsrahmengesetz abgelehnt, welches unter anderem die Streichung der BVS 2 vorgesehen hätte. Die Abstimmenden haben damit deutlich gemacht, dass sie Sparmassnahmen auf Kosten der Bildung sowie auf Kosten Kranker und Alter ablehnen.

Das Abstimmungsergebnis ist ein grossartiger Erfolg für das Komitee «Gute Schule Baselland», das mit einer provokanten Botschaft und bescheidenen, aber optimal eingesetzten Mitteln viel riskiert und noch mehr gewonnen hat.

Leider ist die Botschaft des Volkes bei der Regierung nicht angekommen. Statt die für den Fall der Ablehnung als Drohung in den Raum gestellte Steuererhöhung nun ins Auge zu fassen, will die Regierung die nicht bewilligten Kürzungen von rund 18 Millionen Franken nun an Orten einsparen, an denen ihnen die Bevölkerung nicht dreinreden kann. Daher drohen auch im Bildungsbereich bereits weitere Sparübungen.

Mit dem Sparen an der Bildung muss nun Schluss sein! Es gilt in den nächsten Jahren, die grösste Schulreform seit über 50 Jahren umzusetzen. Die Bevölkerung hat zu dieser Bildungsreform ja gesagt und jetzt konsequenterweise das Sparen im Bildungsbereich – und dies nicht zum ersten Mal! – abgelehnt.

Soll die Bildungsreform nicht in einem Desaster enden, müssen nun die dafür benötigten Mittel ohne Wenn und Aber, d.h. ohne an den bisherigen Betriebsbedingungen Abstriche vorzunehmen, zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenteil: Kleinere Schulklassen und eine Entlastung der Klassenlehrkräfte sind angesichts der neuen Herausforderung der integrativen Schulung unabdingbar.

Der LVB wird sich daher für die im Herbst zur Abstimmung kommenden Bildungsinitiativen des Komitees «Gute Schule Baselland» mit grossem Engagement einsetzen.

LVB-Geschäftsleitung

Mutationen jetzt dem LVB melden!

Haben sich Ihr Arbeitspensum, Ihr Arbeitsort oder Ihre Adresse auf das neue Schuljahr hin verändert? Oder sind Sie gar in Rente gegangen?

Bitte melden Sie uns sämtliche Mutationen per E-mail an info@lvb.ch!

Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

Beilagen: Vergünstigungen und Mitgliederwerbung

Die mit dem vorliegenden lvb.inform verschickten Beilagen bieten einerseits einen Überblick über die diversen Vergüngstigungen, von denen man als LVB-Mitglied profitieren kann, andererseits soll der Flyer dazu genutzt werden, berufspolitisch noch nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen von einem LVB-Beitritt zu überzeugen. Vielleicht kann die Liste mit den Vergünstigungen dabei ja gerade ein zusätzliches Argument darstellen.

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns bestens.

Senkung der Klassengrössen: Kein weiteres Entgegenkommen beim Gegenvorschlag

Die Regierung hat ihren Gegenvorschlag zur Initiative «Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren» veröffentlicht (Landratsvorlage 2012-202). Die Vorlage sieht gegenüber dem Status quo lediglich eine Senkung der Höchstzahlen von 26 auf 24 Schülerinnen und Schüler in den Klassen der Primarschule und der Sekundarstufe I (Niveaus E und P) vor. Die Forderungen der Initiative wurden damit nur marginal aufgenommen.

Der LVB hatte sich an der Vernehmlassung zum Gegenvorschlag beteiligt und dabei einen Vorschlag ausgearbeitet, der zwar teilweise leicht moderatere Verkleinerungen der Klassengrössen verlangt, als sie die Initiative vorsieht, dafür aber fordert, nicht nur fremdsprachige Kinder, sondern auch solche mit individueller Lernzielbefreiung doppelt zu zählen.

Die nun vorliegende Landratsvorlage ist substanziell mit der Fassung identisch, die bereits vor dem Vernehmlassungsverfahren vorlag. Sie stellt aus Sicht des LVB keine akzeptable Alternative zur Initiative dar. Ein Rückzug der Initiative kommt daher aus Sicht des LVB nicht in Frage.

Bildungsinitiativen: Abstimmung voraussichtlich am 25. November 2012

Die Mitglieder des Initiativkomitees haben entschieden, die nach der positiven Volksabstimmung über das Entlastungsrahmengesetz unnötig gewordene Initiative «Ja zur Weiterführung der Berufsvorbereitenden Schule BVS 2» zurückzuziehen.

Damit bleiben 4 Bildungsinitiativen übrig, die nach heutigem Wissensstand am 25. November 2012 im Kanton Basel-Landschaft zur Abstimmung vorgelegt werden:

1. «Keine Zwangsverschiebungen von Schulkindern»
2. «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung von Schulkindern optimieren»
3. «Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren»
4. «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»

Mehr Informationen finden Sie auf der Website der Initianten:
www.gute-schule-baselland.ch

Parkieren auf Staatsareal: Überarbeitung der Verordnung verlangt

Die neue Verordnung zum Parkieren auf Staatsareal hat in den vergangenen Wochen für Aufruhr gesorgt. Viele Angestellte sind mit der Ausgestaltung der Umsetzung dieser Verordnung in der aktuellen, mit den Personalverbänden nie besprochenen Form überhaupt nicht einverstanden. Dies führte zu einer grossen Verärgerung des Personals und zu einem weiteren Vertrauensverlust gegenüber dem kantonalen Arbeitgeber.

Der LVB hat zusammen mit den anderen Verbänden der Arbeitsgemeinschaft der Baselbieter Personalverbände ABP in einem Brief an den Gesamtregierungsrat interveniert und eine Überarbeitung der unausgegorenen und speziell für die Schulen so nicht umsetzbaren Verordnung verlangt. Bereits an seiner Sitzung vom 3. Juli 2012 hat der Regierungsrat dieses Geschäft an die zuständigen Stellen überwiesen. Die Personalverbände konnten damit erreichen, dass dieser unschöne Schnellschuss mindestens noch einmal überprüft werden muss. Es bleibt nun abzuwarten, welche Ergebnisse in dieser erneuten internen Bearbeitung erzielt werden können.

Reform der BLPK: Jetzt die persönliche Situation prüfen!

Für aktive Versicherte der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK mit den Jahrgängen 1953 und älter stellt sich im Zusammenhang mit der aktuellen Pensionskassenreform die Frage, ob sie sich aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen noch im alten Versicherungsmodell vorzeitig pensionieren lassen wollen (d.h. spätestens per 31.12.2013) oder doch besser länger im aktiven Erwerbsleben verweilen und sich erst im Rahmen der neuen PK-Lösung in den Ruhestand begeben sollten.

Auf Anregung der Personalverbände (LVB u.a.) bietet die BLPK dieser Versichertengruppe nun ab sofort eine standardisierte Vergleichsrechnung an. Diese enthält auf der Basis der persönlichen Pensionskassendaten Informationen über die Höhe der Altersleistungen im bisherigen Leistungsprimat und eine Simulationsberechnung der zu erwartenden Rentenhöhe im neuen Beitragsprimat nach der geplanten Umstellung per 1.1.2014. Basis für diese Berechnung bildet jener Vorsorgeplan, der in der aktuellen Landratsvorlage enthalten ist.

Da die politische Debatte zu dieser Vorlage erst begonnen hat und niemand weiss, wie der Landrat dieses Geschäft bearbeiten und wie eine allfällige Volksabstimmung dazu ausgehen wird, kann diese Berechnung allerdings nur als Orientierungshilfe und keinesfalls als verbindliche Offerte betrachtet werden.

Betroffene können sich direkt bei der für sie zuständigen Person der BLPK melden:
www.blpk.ch > Versicherte > Mein Ansprechpartner
oder Tel. 061 927 93 33.

Leitfaden Datenschutz für Kindergärten, Schulen und spezielle Schuldienste des Kantons Basel-Landschaft

Die Schule ist ein Netzwerk, in welchem viele Akteure zusammenarbeiten. Dabei fallen eine Menge Daten an. Wie kann mit diesen Daten korrekt umgegangen werden?

Die Datenschutzstelle Baselland hat zusammen mit der BKSD -Rechtsabteilung einen Leitfaden zum professionellen Umgang mit Daten erarbeitet. Unter anderem gibt der Leitfaden Antworten auf folgende Fragen:

- Wer darf welche Daten sammeln?
- Wie sind diese aufzubewahren?
- Wann sind sie wie zu vernichten?
- Wer darf/soll welche Daten an wen weitergeben? Erläutert werden u.a. folgende Situationen: Klassen- und Schulwechsel, Referenzen an Lehrbetriebe, Auskünfte an Strafverfolgungsbehörde.
- Worauf ist beim Betrieb einer Schulwebsite zu achten?

Der Leitfaden gibt auch nützliche Hinweise dazu, wie Lehrpersonen handeln dürfen, wenn Schülerinnen und Schüler sich bei der Nutzung ihrer Handys nicht an die Regeln der Schule halten.
Sie finden diesen ausführlichen Leitfaden unter:
http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/jpd/ds/prak/prak-022.pdf

Weitere Auskünfte und Beratung:
Aufsichtsstelle Datenschutz, Postfach, 4410 Liestal
Tel. 061 552 64 30, Fax 061 552 64 31
E-Mail: datenschutz@bl.ch

Überbezahlte Beamte im Baselbiet?

Glaubt man dem am 25. Mai 2012 in der BZ erschienenen Artikel «So verschieden ticken die Kantone», so verdient ein durchschnittlicher «Beamter» im Kanton Solothurn über tausend Franken weniger als sein Pendant im Kanton Baselland. Als Quelle dafür zitiert wird der vom NZZ-Verlag herausgegebene «Staatsatlas». Der LVB ist diesen Behauptungen nachgegangen.

Ebenso wie bei uns wurde auch im Kanton Solothurn das Beamtentum vor geraumer Zeit abgeschafft. Aber auch abgesehen davon erweist sich der Staatsatlas als Quelle sehr fragwürdigen Zahlenmaterials. So heisst es dort etwa, der Bruttomonatslohn im Unterrichtswesen auf nachobligatorischer Stufe (die obligatorische Stufe wird leider nicht erwähnt) sei in BS 2000 bis 3000 Fr. tiefer als in BL und auch in SO. Selbst ZH liege da 1000 bis 2000 Fr. unter den Ansätzen von BL und SO. Um die Lehrkräfte der Sekundarstufe II kann es sich hier wohl nicht handeln, denn dann wären die Zahlen schlicht falsch. Sieht man freilich auch Universitätsangestellte wie Doktorierende als Teil des Unterrichtswesens auf nachobligatorischer Stufe an, so lässt sich leichter verstehen, dass die genannten Löhne in den Universitätskantonen BS und ZH im Durchschnitt tiefer liegen als in SO oder BL.

Solothurn ist als Kanton sehr viel weniger zentralistisch organisiert als Baselland. Viele Funktionen, welche bei uns der Kanton wahrnimmt, sind in Solothurn Sache der Gemeinden. Dass dies zu unterschiedlichen Durchschnittslöhnen der Kantonsangestellten führen kann, selbst wenn gleiche Funktionen gleich bezahlt würden, ist plausibel. Die Informationen des Staatsatlas hierzu sind jedoch unreflektiert, irreführend und nutzlos.

Das Schwarze Brett

Forum Weiterbildung: «Zauber Schule?»

Das Forum Weiterbildung macht an der Didacta Basel (24. bis 26. Oktober 2012) die magischen Momente auf dem Weg zu erfolgreichem Lehren und Lernen zum Thema. «Zauber Schule?» – so lautet das Motto des Forums Weiterbildung. Im Zentrum der dreitägigen Veranstaltung mit Referaten und Gesprächen steht die Frage: Ist erfolgreiche Bildung Zauberei?

Lehrpersonen, Behörden und Bildungsinteressierte sind eingeladen, sich vor Ort zu informieren und auszutauschen über die Magie gelungener Unterrichtsstunden, den Zauber von Teamarbeit, über Tricks und Spiele im schulischen Alltag und über verschlungene Fährten zu Wissen und Können.

Mehr Informationen via www.forumweiterbildung.ch.

Juskila 2013

Bereits jetzt können sich Jugendliche der Jahrgänge 1998 und 1999 auf die erste Woche des nächsten Jahres freuen, wenn Swiss-Ski wiederum das kostenlose Jugendskilager (Juskila) durchführen wird.

Informationen und Anmeldung via www.juskila.ch.

bike2school 2012/13

Seit den Sommerferien läuft zum fünften Mal diese nationale Mitmach-Aktion von Pro Velo Schweiz. Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte können während zweimal vier frei wählbaren Wochen im gesamten Schuljahr 2012/13 daran teilnehmen. Zu gewinnen gibt es verschiedene Reisen, Mountainbikes, Rucksäcke und vieles mehr.

Mehr Informationen und Anmeldung via www.bike2school.ch.

myclimate Klimawerkstatt

Zum fünften Mal hat im vergangenen Schuljahr die Klimawerkstatt stattgefunden. Dieses Klimabildungsprojekt der Klimaschutzorganisation myclimate verbindet Umweltwissen und Engagement mit Technik und gestalterischen Fähigkeiten.

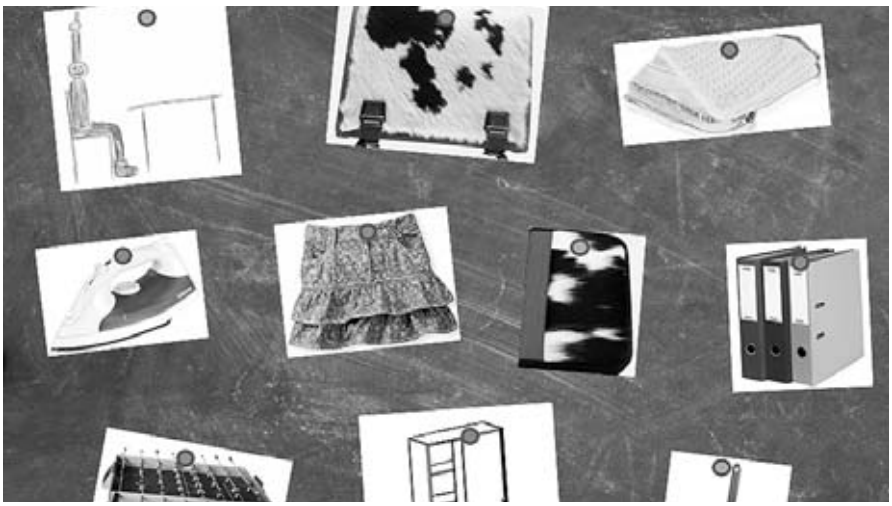
Lernende sind aufgefordert, Produkte und Projekte umzusetzen, die CO_2 reduzieren und Energieeffizienz fördern oder die Öffentlichkeit zu Massnahmen gegen den Klimawandel im Alltag animieren. Insgesamt haben gut 550 Lernende teilgenommen.

Mehr Informationen via www.myclimate.org.

n|w Fachhochschule Nordwestschweiz
Pädagogische Hochschule

Lavabo oder Waschbecken? Welches Hochdeutsch in Schule und Kindergarten

Ein Gastbeitrag der PH FHNW*



In Deutschschweizer Schulen und Kindergärten soll (auch) Hochdeutsch gesprochen werden. Gerade für den Kindergarten wurde dies kontrovers diskutiert. Bisher wenig thematisiert ist die Anschlussfrage, wie denn diese Standardsprache aussehen soll.

In der Sprachwissenschaft hat sich das Verständnis des Standarddeutschen als sogenannt plurizentrische Sprache etabliert, als eine Sprache, die in mehreren Zentren oder Nationen gesprochen wird. Die jeweiligen Standardsprachen können sich hinsichtlich Wortschatz, Aussprache und Grammatik voneinander unterscheiden: Eine Papeterie ist in Österreich ein Papierfachgeschäft und in Deutschland eine Schreibwarenhandlung. Das Jogurt heisst es in der Schweiz und in Österreich, der Jogurt in Deutschland.

Unterschiede füllen Bücher

Nationale Varianten wie diese sind auch in den Nachschlagewerken berücksichtigt, etwa im Duden, in dem Helvetismen neben bundesdeutschen stehen. Im 2004 erschienenen «Variantenwörterbuch» sind diese Unterschiede für die verschiedenen Zentren systematisch und umfassend auf 954 Seiten zusammengestellt. Seit Anfang 2012 gibt es in der Dudenreihe ausserdem das Bändchen «Schweizerhochdeutsch», das auf 96 Seiten die wichtigsten Helvetismen anführt. Die nationalen Varianten der Schweiz, Österreichs und Deutschlands stehen gleichberechtigt nebeneinander. Das heisst, der Schweizer Abwart ist ebenso korrekt wie der österreichische Hausbesorger oder der deutsche Hausmeister, nur ist ihre Gebräuchlichkeit auf die verschiedenen Länder beschränkt. Der Schweizer Schülerduden enthält konsequenterweise in den Fällen, in denen der Schweizer Standard von dem der anderen Zentren abweicht, ausschliesslich die Schweizer Varianten.

In unseren Schulen ist es zum Teil heute noch gängige Praxis, die bundesdeutschen Varianten als die «korrekten» Formen zu vermitteln. Das Argument besserer internationaler sprachlicher Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Schülerinnen und Schülern hat vielerorts ganz selbstverständlich zu der Annahme geführt, dass mit diesen auch ein bundesdeutsches Vokabular verbunden wäre.

Helvetismen erwünscht

Von fachdidaktischer und bildungspolitscher Seite gibt es deutliche Signale dafür, dass man sich der sprachwissenschaftlichen Sicht und der Wörterbuchpraxis anschliesst und die Verwendung von Helvetismen wünscht. Ein sehr klares Votum findet sich etwa in der Broschüre «Hochdeutsch als Unterrichtssprache» der Bildungsdirektion des Kantons Zürich: «Dabei darf und soll das in der Schule gepflegte Hochdeutsch ein selbstbewusstes Schweizer Hochdeutsch sein. Es ist nicht einzusehen, warum man nicht hören darf, dass wir aus der Schweiz kommen. Man hört schliesslich auch, ob jemand aus Berlin, München oder Wien kommt. Gerade regionale Lautungen und Eigenheiten im Wortschatz machen gesprochenes Hochdeutsch authentisch.»

Dieses Plädoyer für die Verwendung von Helvetismen zeigt, dass es von offizieller Seite nicht als erstrebenswert angesehen wird, Kindergarten- und Schulkindern Eigenheiten der Schweizer Standardsprache zugunsten bundesdeutscher abzugewöhnen. Selbstverständlich können diese Unterschiede im Unterricht thematisiert werden. Schön wäre es, könnten die Kinder über dieses Differenzbewusstsein die Schweizer Standardsprache wie den Dialekt schätzen und selbstbewusst verwenden lernen.

Autorin: Britta Juska-Bacher,
Institut Vorschul- und Unterstufe

* Der LVB bietet der PH FHNW in loser Folge die Möglichkeit, die Lehrpersonen im Kanton Basel-Landschaft über neue Entwicklungen aus den verschiedenen Bereichen der Pädagogischen Hochschule direkt zu informieren.

Prämien 2013: Gute Nachrichten von Visana

Keine Prämienerhöhungen bei den Zusatzversicherungen. Anpassung in der Grundversicherung gesamtschweizerisch um durchschnittlich zwei Prozent. Diese guten Nachrichten kann Visana auf 2013 hin verkünden.

Urs Roth: «Ich bin froh darüber, unseren Versicherten gute Nachrichten übermitteln zu können.»

Der LVB unterhielt sich mit Urs Roth über die Prämien 2013 und die schweizerische Gesundheitspolitik. Urs Roth ist Vorsitzender der Direktion von Visana, einem der führenden schweizerischen Kranken- und Unfallversicherer. LVB-Mitglieder und deren Angehörige profitieren von Prämienrabatten, wenn sie bei Visana versichert sind.

LVB: Herr Roth, wie sieht die Prämiensituation 2013 bei Visana aus?
Urs Roth: Visana hat für ihre Versicherten gleich zwei gute Nachrichten: Erstens keine Prämienanpassungen bei den Zusatzversicherungen. Zweitens eine gegenüber den Vorjahren moderate Erhöhung in der Grundversicherung von gesamtschweizerisch durchschnittlich zwei Prozent.

Was heisst durchschnittlich?
Durchschnittlich deshalb, weil diese Zahl je nach Prämienregion oder gewähltem Versicherungsmodell vom Durchschnitt abweichen kann – sowohl nach unten wie nach oben.

Sind allfällige Altersgruppenwechsel berücksichtigt?
Nein. Die Nullrunde bei den Zusatzversicherungen wie auch die durchschnittliche Anpassung in der Grundversicherung berücksichtigen allfällige Altersgruppenwechsel nicht. Mit anderen Worten: Die Situation ist für jeden einzelnen Versicherten anders.

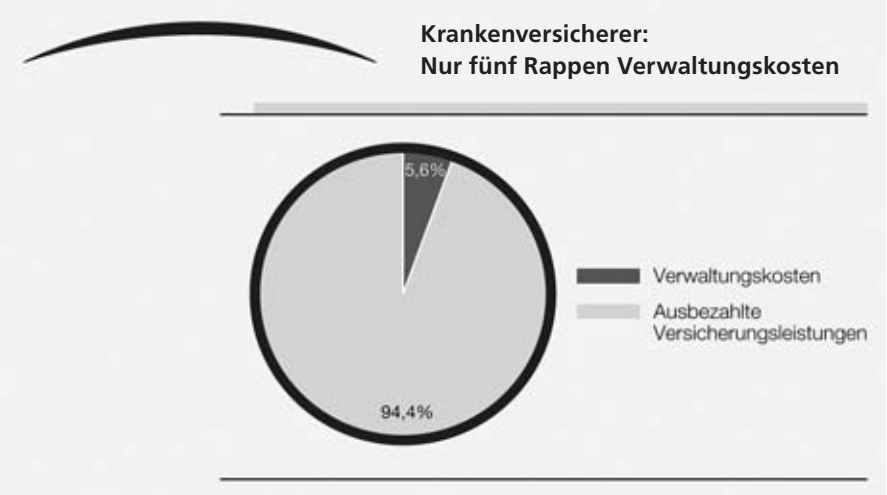
Warum die Erhöhung in der Grundversicherung?
Dazu zwang uns die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Sie ist wohl – erfreulicherweise – abgeflacht, aber wir müssen dennoch einen Kostenanstieg zur Kenntnis nehmen. Allerdings liegt dieser im Gesundheitswesen nur noch leicht über der Teuerung bei den Konsumgütern.

Visana hat immer davon gesprochen, dass die Prämien für die Spitalzusatzversicherungen langfristig zurückgehen müssen. Dies ist auf 2013 hin offensichtlich nicht der Fall.
Es trifft zu, dass wir angekündigt haben, dass die Zusatzversicherungen längerfristig günstiger werden sollten. An dieser Aussage halten wir weiterhin fest. Warum dies aber 2013 nicht schon der Fall ist, hat vier Gründe: Erstens sind in den meisten Kantonen die Tarife der Spitäler noch provisorisch. Es stehen juristische Auseinandersetzungen über die Höhe der Tarife an, die Jahre dauern können. Zweitens gibt es auch rechtliche Auseinandersetzungen in den meisten Kantonen darüber, welches Spital auf der Spitalliste ist. Auch diese Auseinandersetzungen können Jahre dauern.

Die Gründe drei und vier?
Drittens können die meisten Spitäler seit Anfang dieses Jahres noch keine Rechnungen ausstellen. Wir haben aufgrund von Erfahrungswerten Ausstände in einem grösseren zweistelligen Millionenbetrag. Wie hoch dieser aber tatsächlich ist, ist uns aufgrund des Fehlens der Rechnungen absolut unbekannt. Viertens wissen wir, weil wie eben erwähnt Spitalrechnungen ausstehend sind, nicht, wie die Versicherten auf die neue Möglichkeit reagiert haben, sich ausserkantonal in einem Spital zu behandeln, das im Behandlungskanton auf der Spitalliste ist. Denn diese Möglichkeit hat für uns Krankenversicherer finanzielle Konsequenzen: Der Wohnkanton bezahlt nur jenen Anteil an der Rechnung, den er übernommen hätte, wenn der Spitalaufenthalt im Wohnkanton stattgefunden hätte. Bei ausserkantonalen Behandlungen kommt es zumeist zu einem höheren Tarif. Die Differenz haben die Krankenversicherer zu übernehmen.

Was heisst das für die Prämien konkret?
Die Berechnung der Spitalzusatzversicherungsprämien 2013 ist mit vielen Unsicherheiten verbunden. Mit anderen Worten: Wir befinden uns auf einem «Blindflug». Deshalb haben wir uns entschieden, keine Prämienanpas-

Nur rund fünf Prozent der Prämieneinnahmen – d.h. rund fünf Rappen pro eingenommenen Prämienfranken – benötigen die Krankenversicherer für Ihren Verwaltungsaufwand in der Grundversicherung. Diese rund fünf Rappen werden insbesondere für die Betreuung der Versicherten und die Kontrolle der Rechnungen von Spitälern, Ärzten, Apotheken, Therapeuten usw. eingesetzt. Rund 95 Prozent der Prämieneinnahmen werden für die Vergütung dieser Rechnungen aufgewendet.



sungen vorzunehmen. Dies auch im Sinne einer angestrebten langfristigen Kontinuität.

Die Managed-Care-Vorlage erlitt an der Urne Schiffbruch. Wie geht es in unserer Gesundheitspolitik weiter?
Das Volksverdikt ist klar. Wir haben dieses zu respektieren. Die Gründe, die zu diesem Entscheid geführt haben, sind vielfältig. Wenn sich Politik und Akteure bei einer Gesundheitsreform nicht einig sind, sagt der Stimmbürger offensichtlich vorsichtshalber lieber Nein.

Also das Ende von Managed Care?
Ja, was den Begriff angeht. Wir müssen von integrierten Versorgungsmodellen sprechen. Diese werden von vielen Versicherten nachgefragt und werden sich weiter durchsetzen. Davon bin ich überzeugt. Daher bauen wir bei Visana das Netz von Hausarzt- und HMO-Modellen laufend weiter aus, um der Nachfrage unserer Versicherten nachzukommen.

Gesundheitspolitische Reformschritte sind also nicht mehr möglich?
Ich bin nicht dieser Ansicht. Denn unabhängig von diesem Nein sind in der schweizerischen Gesundheitspolitik Entscheide anhängig. Auch kann das Verdikt an der Urne nicht so interpretiert werden, alles beim Alten zu belassen. Nichtstun kann keine Lösung sein. Der Bedarf an Reformen im Gesundheitswesen bleibt.

Wo sehen Sie konkret Handlungsbedarf?
Für Visana stehen drei Themenkreise gesundheitspolitisch im Zentrum: Erstens muss der Risikoausgleich verfeinert werden, um der volkswirtschaftlich unsinnigen, betriebswirtschaftlich aber nötigen Jagd nach sogenannten guten Risiken ein Ende zu setzen. Sorge bereitet mir nach dem Ende des Zulassungsstopps die zunehmende Zahl von neuen Arztpraxen, insbesondere von Spezialisten in den Städten, wo es jetzt schon genug Ärzte hat. Drittens werden wir Krankenversicherer uns im Interesse der Versicherten gegen die Initiative für eine Einheitskasse wenden. Denn diese bringt das Ende der Wahlfreiheit für die Versicherten, verhindert einen kostendämpfenden Wettbewerb und führt dadurch zu mehr Kosten und damit letztlich zu höheren Prämien.

Noch eine letzte Frage: Warum soll ich bei Visana versichert sein?
Bei Visana können Sie auf eine hohe Servicequalität und eine rasche Rückzahlung des für Ihre Arztrechnung entrichteten Betrags zählen. Wir bieten faire Prämien, und Sie haben zahlreiche Möglichkeiten, diese zu optimieren, ohne bei den medizinischen Leistungen Abstriche in Kauf nehmen zu müssen. Bei Visana kommen Sie zudem in den Genuss von zahlreichen unentgeltlichen Mehrleistungen, die Sie bei anderen Kassen bezahlen müssten. Nicht zuletzt verfügt Visana über Mitarbeitende, auf die Verlass ist und die Sie jederzeit in allen Belangen unterstützen.

Krankenkassenprämien:
als LVB-Mitglied profitieren

Wenden Sie sich an die zuständige Geschäftsstelle in Frenkendorf. Dort werden Sie kompetent beraten und erhalten auch Informationen, wie Sie Prämien sparen können.
Die im gleichen Haushalt lebenden Angehörigen können ebenfalls von diesen Vorteilen profitieren.

Visana Services AG
Geschäftsstelle Frenkendorf
Erlistrasse 7
4402 Frenkendorf
Tel 061 901 59 43
Fax 061 901 80 88
E-Mail: christa.zemp@visana.ch

Kuh am Waldrand

Von Michael Weiss

Wer die Lieder Mani Matters kennt, weiss auch um die Geschichte des verhinderten Malers, dessen Meisterwerk «Chue am Waldrand» durch die unverschämte Kuh vereitelt wird, die kurz vor der Vollendung des Bildes einfach davonläuft[1].

Die Welt ist so perfid, dass sie sich selten oder nie nach Bildern, die wir von ihr gemacht haben, richtet. Was Mani Matter mit gespielter Naivität wortwörtlich in seiner Geschichte von der Kuh und dem Gelegenheitsmaler vorführt, formulierte Helmut Schmidt einst ohne jede Umschweife: «Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.»

Mit der Herausgabe eines Grundsatzpapiers 2012 – 2022 hat sich nun auch der Regierungsrat unseres Kantons zu seiner Vision bekannt («*Wir leben unsere Vision*») und diese publiziert[2]. Sieben strategische Schwerpunktfelder werden dort definiert:

1. Innovation und Wertschöpfung
2. Basel-Bildungs-Landschaft
3. Zusammenleben in Baselland
4. Natur und Klimawandel
5. Mobilität
6. Auftritt und Kooperation
7. Effizientes und effektives staatliches Handeln

Was dort formuliert wurde, ist mit «Vision» treffend umschrieben. Im glänzenden Licht der bunten Broschüre sehen wir optimale Rahmenbedingungen für exportorientierte, wertschöpfungsstarke Branchen, aber auch die bereits ansässigen KMUs auftauchen. Wir erkennen einen guten Ausbildungsstand der Bevölkerung, welcher der Wirtschaft auch in Zukunft die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte ermöglichen soll. Wir erhaschen einen Blick auf die 2000-Watt-Gesellschaft. Wir finden uns in einem leistungsfähigen und ökonomischen Verkehrsnetz wieder, das ökologische Mobilität verspricht. Wir spüren und leben unsere enge Vernetzung mit unseren Nachbarkantonen, ja sogar mit dem grenznahen Ausland. Und gelenkt wird das alles von einem Staatsapparat, der auf ein optimales Verhältnis von Nutzen und Aufwand achtet.

Verweilen wir als Kantonsangestellte im Traum dieser sieben Visionen, so tauchen doch spätestens beim letztgenannten Schwerpunktfeld auch albtraumhafte Bilder auf. Die Forderung nach Effizienzsteigerung und Kostensenkung hat wenig Visionäres an sich; in der Regel bedeutet das lapidar die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

War es das für uns etwa schon? Erschöpft sich die Vision des Regierungsrats in Hinblick auf seine Angestellten

im Geldsparen? Mitnichten! Die Landratsvorlage «Änderung des Personalgesetzes und des Personaldekrets betreffend Personalpolitik und -strategie des Kantons Basel-Landschaft»[3], welche das Grundsatzpapier 2012-2022 hinsichtlich der Personalgesetzgebung konkretisiert, hält einen ganzen Strauss von Visionen bereit. Viele davon versprechen uns Angestellten schon fast das Paradies auf Erden:

- eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Beziehung des Kantons zu seinen Mitarbeitenden
- der Kanton als vorbildlicher, verlässlicher und partnerschaftlicher Arbeitgeber
- neue Formen der Kommunikation und Information
- Angebote für erfahrene Fachkräfte und attraktive Ausbildungsstellen; aktive Zusammenarbeit mit den Ausbildungsinstitutionen
- Erhaltung der Leistungsfähigkeit und der Gesundheit
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie und ausserberuflichen Tätigkeiten
- Verankerung der individuellen Fähigkeiten der Mitarbeitenden in der Organisation
- partizipative Mitarbeitenden-Führung, Diskussions- und Konfliktlösungskultur
- die Verwaltung als lernende Organisation
- Verlässlichkeit und gegenseitiges Vertrauen
- Wertschätzung und Respekt
- gegenseitige Förderung und Eigenverantwortung
- soziale Verantwortung, Integration
- attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen
- Arbeit zum Wohl der Gesellschaft, der Bevölkerung sowie der Wirtschaft des Kantons

Nach diesem alle Sinne berauschenden Bouquet ist man schon beinahe froh, doch noch den Punkt

- hohe Leistungs- und Kundenorientierung

zu finden, zumal die Kundenorientierung soweit erörtert wird, dass sie sich auch mit der Beziehung zwischen Kindern und Lehrkräften in Einklang bringen lässt.

Getrübt wird die Freude erst, wenn wir auf das Spannungsfeld zwischen Kosten und Nutzen hingewiesen werden, infolge dessen bei den Visionen der Punkt

- Kostenbewusstsein

auftaucht.

Die Realität hat uns wieder.

«Der Kanton muss zunächst seinen finanziellen Handlungsspielraum zurückgewinnen», heisst es bereits im Vorwort des Grundsatzpapiers. Wie Mani Matters Maler nach wildem Rufen und Winken noch lange auf die Rückkehr der Kuh – es müsste noch nicht einmal die gleiche sein! – wartet, um sein Bild zu vollenden, so hofft auch der Regierungsrat auf eine Rückkehr zu Verhältnissen, die ihm die Umsetzung seiner Visionen gestatten würden.

Was er aber in dieser Zeit als Arbeitgeber tut, ist alles andere als geeignet, um das Vertrauen in die Umsetzung der arbeitsrechtlichen Visionen zu fördern – obwohl diese durchaus auch in die Personalgesetzgebung einfliessen sollen. Lehrerinnen und Lehrer erleben heute, wie ...

- die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verschlechtert werden (Pflichtstundenerhöhung der Fachlehrkräfte Sek I + II, Lockerung des Kündigungsschutzes durch Abschaffung der Bewährungsfrist, Senkung der Treueprämien, Verzicht auf Teuerungsausgleich),
- berechtigte Anliegen der Berufsverbände (vernünftige Umsetzung der 5. Ferienwoche für Lehrkräfte, fairer Ausgleich zwischen Auftrag und Zeitressourcen, Finanzierung von nötigen Arbeitsmitteln (z.B. IT-Geräte) durch den Arbeitgeber) nicht ernst genommen werden,
- die Möglichkeiten der Weiterbildung massiv eingeschränkt werden,
- Bildungsangebote ganz generell abgebaut werden sollen,
- zur Sanierung der Pensionskasse höhere Prämien und geringere Arbeitgeberleistungen in Aussicht gestellt werden.

Die Ziele der neuen Personalpolitik müssen gerade auch in finanziell schwierigen Zeiten umgesetzt werden, will der Kanton tatsächlich als vorbildlicher Arbeitgeber erscheinen und qualifizierte Arbeitskräfte langfristig an sich binden. Sonst bleiben sie das, was der Chansonnier Matter und der Realpolitiker Schmidt jeweils auf ihre Art als absurd darstellten: weltfremde und unnütze Phantastereien.

Und für solche hat der Kanton nun wirklich kein Geld.

[1] http://www.youtube.com/watch?v=KcPp_DsOsMo

[2] http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/reg-verw/strategie/2012_vision.pdf

[3] http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/polit-rechte/vernehml/vern2012/personalstruktur/lrv.pdf

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4102 Binningen

Kantonalsektion des Dachverbands
Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
LCH

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsident/Geschäftsstelle
Christoph Straumann
Schulgasse 5
4455 Zunzgen
Tel 061 973 97 07 Fax 061 973 97 08
christoph.straumann@lvb.ch

Vizepräsident
Michael Weiss
Sonnenweg 4
4133 Pratteln
Tel 061 821 50 21
michael.weiss@lvb.ch

Aktuariat
Gabriele Zückert
Rheinstrasse 51
4410 Liestal
Tel 061 599 48 51
gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe
Heinz Bachmann
Madlenweg 7
4402 Frenkendorf
Tel/Fax 061 903 96 08
heinz.bachmann@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 062 212 99 18
roger.vonwartburg@lvb.ch